

Leben heißt handeln

3.50 € · ISSN 1437-7543 · Nr. 142/3.2019

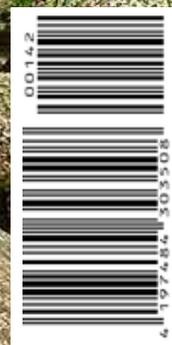
ROBIN WOOD

magazin

FLOSSTOUR 2019:
Flieger stoppen,
statt Klima schrotten!

ENERGIE
Kohleausstieg jetzt!

Europäische Urwälder schützen



Aktiv gegen Flughafen-Ausbau und Vielfliegerei

Foto: Peter Illert



SAVE THE CLIMATE
STOP
AIRPORT EXPANSION
ROBIN WOOD

Entschlossen für eine bessere Mobilität für Alle!
Lesen Sie bitte mehr ab Seite 14.



Foto: R. Buryn

In der Ruhe im Wald liegt die Kraft

Liebe Leserinnen und Leser!

Der zweite extrem heiße Sommer in Deutschland hat Förstern und der Öffentlichkeit vor Augen geführt, wie schlecht es um den Gesundheitszustand unserer Buchen bestellt ist. Gerade in der letzten Magazin-Ausgabe, Nr. 141/2.2019, die Mitte Mai erschien, hat unser Waldexperte Rudolf Fenner die aktuellen Waldschadenszahlen vorgestellt und – wie bereits in den vergangenen Jahren – deutlich gemacht, wie schlecht es den Buchen geht. Gerade die Baumart ist am stärksten geschädigt, die von Natur aus in Deutschland heimisch ist und ursprünglich – vor den Aktivitäten der Menschen – unsere Wälder prägte. Dass der schlechte Zustand der Buchen einer breiten Öffentlichkeit bisher nicht bekannt war, ist auch ein typisches Versäumnis der aktuellen Forst- und Landwirtschaftsministerin. Wie ihre Vorgänger hat sie einfach nicht mehr über den schlechten Zustand unserer Wälder berichtet und gegen die Ursachen des Waldsterbens sowieso nichts unternommen.

In Rumänien sterben die einmaligen Buchenurwälder immer noch und rasant durch den großflächigen Einsatz von Motorsägen. Gerodet werden die unersetzlichen Bestände für den europäischen Markt. Abnehmer rumänischen Holzes ist auch Deutschland. Über große europäische Holzhandelsfirmen, wie Schweighofer, Egger und Kronospan, landet das Holz als Spanplatten in unseren Baumärkten. IKEA bezieht zum Beispiel acht Prozent seines Holzes aus rumänischen Wäldern. ROBIN WOOD war vor Ort und hat sich ein Bild von der Lage gemacht. Wie wir in Rumänien aktiv geworden sind, lesen Sie ab Seite 20.

Das mit Schweigen und einem Weiter so mittlerweile keine Politik mehr gemacht werden kann, ist auch den Letzten nach der Europawahl klar geworden. Eine Mehrzahl der Menschen und die engagierte Friday for Future-Bewegung wollen ein deutliches Handeln, um der Klimakrise wirksam zu begegnen. Bis zu 50.000 Menschen aus ganz verschiedenen Organisationen und Gruppen demonstrierten öffentlichkeitswirksam im Juni im Rheinland für einen sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Kohle. Mehr dazu lesen Sie ab Seite 36 dieser Ausgabe.

Für das Klima auf unserem Planeten gehen Woche für Woche Hunderttausende auf die Straße und streiken. Vom 20. bis 27. September sind erneut weltweite Klimastreiks und eine ganze Aktionswoche zum Schutz der Umwelt geplant. ROBIN WOOD ist von Ende August bis Mitte September mit seinem Aktionsfloß in diesem Jahr auf Main und Rhein unterwegs, um unter dem Motto: „Fliegen stoppen, statt Klima schrotten!“ gegen den ungebremsten Ausbau der Flughäfen und das Subventionieren des Flugverkehrs zu protestieren. Die Floß-Crew freut sich über Ihren Besuch und Ihre Unterstützung! Alle Informationen und Daten zur Tour finden Sie auf www.flostour.de.

Herzlichen Dank für Ihr Engagement!
Ihre

Christiane Weitzel



Foto: Jens Volle/ROBIN WOOD

Seite 6

tatorte 

- 6 Heidelberg: Zement, stark klimaschädlich
- 6 Ellrich: Gipsabbau im Südharz stoppen
- 7 Hamburg: waldreport.de
- 8 Berlin: #VWtötet
- 9 Stuttgart: Absurde Probegrube
- 9 Berlin: Nein zur A100
- 10 Leipzig: Wachstum stopp!
- 10 Aachen: Klimaschutz statt Kohleschmutz
- 11 Fridays for Future

bündnisse 

- 13 „There’s a place for us“: Zur Erinnerung an Martin Lemke

 verkehr

ROBIN WOOD-Floßtour 2019: Flieger stoppen, 14 statt Klima schrotten

Seite 14



Foto: Christiane Weitzel

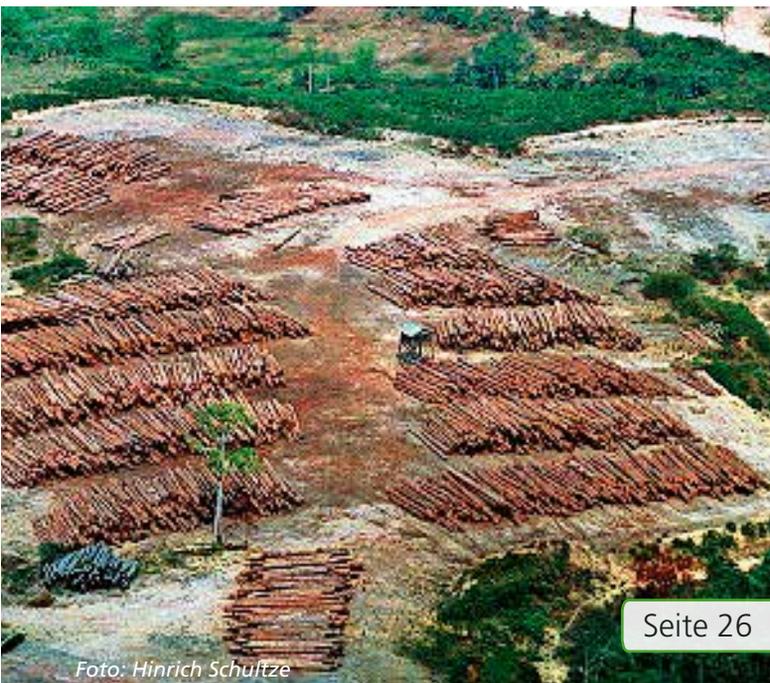
Seite 20



Foto: ROBIN WOOD/Minierva Vincza

wald 

- 18 Wald statt Kies!
- 20 ROBIN WOOD goes Romania: Für den Schutz der einmaligen Urwälder
- 32 Berliner Familienunternehmen mit Papierstrategie
- 34 Festival: Beats und Bohne



Seite 26

Foto: Hinrich Schultze

tropenwald 

26 Nachhaltige Waldwirtschaft durch CITES?

 energie

Weiter geht's: Der Konflikt um das Ende der Kohle 36
 ist noch lange nicht befriedet
 Alice Swift von Reclaim the Power: Wie rassistisch 38
 ist die Klimakrise?

Seite 36



Foto: Ende Gelände David Klammer

Seite 30



Foto: Angelika Krumm

internes 

- 30 Jugendseite: Projektwoche Papier
- 44 Vermächtnisse
- 45 Neue Steinkohle-Broschüre
- 46: Förderer-Forum: Biogasanlagen
- 46 Impressum

Heftmitte: Wo unser Papier wächst



Foto: Jens Volle/ROBIN WOOD

Zement: Stark klimaschädlich

Wiesloch bei Heidelberg, 12. Mai 2019: Einlasskontrollen und Frühstücksbuffet. Dies war der Empfang der Aktionärsversammlung der HeidelbergCement AG. Doch sie hatten nicht mit uns gerechnet und so waren kurzer Hand mehrere Menschen auf dem Dach des Hotels, in dem sich die Aktionär*innen des börsennotierten Baustoffkonzerns unter dem Motto „Echt.Stark.Grün.“ versammelten hatten. Die Aktivist*innen gaben ihre Meinung zum zweitgrößten Zementhersteller kund: „Echt-katastrophal“, „Stark-klimaschädlich“ und „Grün-washing“ lauteten die Aufschriften auf ihren drei Bannern. Denn der enorme Ausstoß von CO₂, die ökologischen

Schäden und sozialen Folgen für Menschen können aus Sicht von ROBIN WOOD nicht so weitergehen. Die Produktion von Zement verursacht vier Mal so viel CO₂ wie der gesamte internationale Flugverkehr. Dieser Protest wurde auch von einer Demonstration, zu der die Grüne Jugend aufgerufen hatte, mit 20 aufblasbaren Cubes mit der Aufschrift „CO₂ Alptraum Cement“, der Organisation Watch Indonesia, dem Dachverband Kritischer Aktionär*innen und der Samba-Band Rythms of Resistance unterstützt und war somit weit zu hören!

Anja, ROBIN WOOD-Regionalgruppe Hamburg/Lüneburg

Gipsabbau im Südharz stoppen – Recycling statt Raubbau



Foto: ROBIN WOOD

Ellrich, 29. Juni 2019: Anlässlich der 150-Jahr-Feier des Gipsabbau-Unternehmens Casea – einem Zusammenschluss der Südhärzer Gipswerke – bekam das Unternehmen in Ellrich, Landkreis Nordhausen, Besuch von Umweltschützer*innen. Um gegen die Naturzerstörung der ökologisch wertvollen Karstlandschaft im Südharz für Gips zu protestieren, hissten Aktive von ROBIN WOOD und den NaturFreunden Banner an drei Fahnenmasten an der Einfahrt des Unternehmens und beflaggten damit das Unternehmen neu. Auf den Bannern griffen sie das Motto des Unternehmens „Im Namen der Zukunft“ auf und ergänzten es durch die Slogans „Recycling statt Raubbau!“ und „150 Jahre Artensterben sind genug!“.

Die Aktivist*innen wollten damit deutlich machen, dass die 150-jährige profitorientierte Zerstörung des artenreichen Gipskarstgebietes kein Grund zum Feiern ist, sondern zum Umden-

ken. Sie forderten von Casea, weitere Abbaumaßnahmen zu stoppen und auf das Recycling von Gips sowie die Produktion von Ersatzstoffen für Naturgips umzusteigen. Die Aktion fand im Anschluss an eine Kundgebung des BUND statt.

Die Südhärzer Gipskarstlandschaft ist ein einzigartiger Landstrich und ein Hotspot der Artenvielfalt. Aufgrund der vielen Risse, Spalten und Höhlen, seiner mineralischen Eigenschaften und seines Mikroklimas beherbergt das Karstgebiet eine große Zahl bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Viele Fledermausarten, 400 Schmetterlingsarten und andere Insekten leben dort auf Halbtrockenrasen und in seltenen Orchideen-Buchenwäldern. Sogar Reliktarten aus der Eiszeit wie das Südhärz-Brillenschötchen und die Alpen-Gänsekresse haben dort bis heute überlebt.

An den zahlreichen Tagebauen der Gipsindustrie wird der Kontrast offenbar: Wo früher großer Artenreichtum herrsch-

te, machen sich jetzt öde Gruben breit. Lärm und Staub von Sprengungen und schweren LKW belasten die Anwohnerschaft, Tourismus und Natur.

Casea setzt, wie die gesamte Abbaubranche, auf kurzfristige Profite, anstatt den ökologischen Erfordernissen der Gegenwart gerecht zu werden. Das Unternehmen erwirtschaftet rund 60 Millionen Euro Umsatz pro Jahr. Die Bevölkerung vor Ort hat den lauten und dreckigen Abbau in ihrer Nachbarschaft zu dulden.

Was einmal für den Gipsabbau abgebaggert wurde, ist nicht renaturierbar! Caseas Mutterkonzern, Remondis, ist ein großer internationaler Recyclingdienstleister. Die Aktivist*innen forderten Casea auf, das Wissen der Mutterfirma endlich einzusetzen, um umwelt- und naturfreundlich zu produzieren – zum Erhalt dieser einmaligen Landschaft.

Anklicken und Mitmachen: waldreport.de

Hamburg-Altenwerder, 19. Mai 2019: Zur Vorstellung der Website: waldreport.de haben sich die BundesBürgerInitiative WaldSchutz (BBIWS), die Naturwald Akademie gmbH und ROBIN WOOD an den Vollhöfener Weiden, einem stark gefährdeten Elb-Auwald, getroffen. Noch vor Ankunft der Presse und bei strahlender Sonne spannten zwei Kletter*innen ein Banner zwischen zwei Weiden: „Das Roden unserer Wälder verursacht Artensterben & Klimawandel“.

Denn auch dieses Gebiet ist aufgrund einer geplanten Hafenerweiterung rohdungsbedroht. Von oben gut zu erkennen war der Kontrast von gefährdetem Elb-Auwalds zu dem hinter der Bundesstraße angrenzenden Hafengebiet. Auf der einen Seite ein grünes, naturbelassenes und artenreiches Gebiet und nur wenige Meter davor eine graue, mit Asphalt versiegelte und von Maschinen befahrene Großfläche.

Um auf solche gefährdeten Wälder aufmerksam zu machen und die Vernetzung von Initiativen, Verbänden und Ehrenamtlichen zu stärken, gibt es nun eine visuelle Karte im Netz. Dort können Steckbriefe und Vernetzungsmöglichkeiten eingetragen werden. <https://waldreport.de/>

Die Banneraktion endete entspannt und am nächsten Morgen wurde direkt in der lokalen Presse von der Vorstellung des Waldreports berichtet.

Anja, Regionalgruppe Hamburg/Lüneburg



Foto: Naturwald Akademie/Tania Heynemann



Fotos: Stephan Röhl

#VWtötet – Protest zur Jahreshauptversammlung

Berlin, 14. Mai 2019: Um 8:30 Uhr traf sich ROBIN WOOD mit #VWwegbassen und unabhängigen Aktivist*innen am Ernst-Reuter-Platz um gemeinsam zur Aktion zu fahren. Begleitet von der Polizei fuhr der Fahrradkorso entlang des Messe Damms zur VW-Aktionärs-Hauptversammlung. Für ROBIN WOOD ist schon lange klar, dass das Autofahren in Großstädten weder zeitgemäß noch zukunftsfähig ist. Das Fahrrad ist vor allem in Metropolen eine platzsparende, saubere und Ressourcen schonende Alternative.

Am Tatort, einem Die-In, hatte die Gegenveranstaltung von Extinction Rebellion und gegenstromberlin schon begonnen. Verkleidet als Unfallopfer, Spurensicherer und Journalisten*innen starben Menschen symbolisch am „Tatort Klimazerstörung“ an Klimawandelfolgen und Feinstaubbelastung auf dem VW-Vorplatz. Mit viel medialer Aufmerksamkeit wurde ein

Schauspiel inszeniert, in dem die Todesursachen der Teilnehmer*innen untersucht und auf VW zurückgeführt wurden. Ein ROBIN WOOD-Banner mit der Aufschrift „Still not Loving Cars“ umrahmte die Aktion. Dazu gab es Redebeiträge unter anderem von Winfried Wolf von Bahn für Alle, Tazio Müller von der Rosa Luxemburg Stiftung, Extinction Rebellion und den Kritischen Aktionären.

Da die Polizei die Versammlung entgegen der Auflagen viel weiter vom Eingang entfernt hielt, lösten sich nach den Reden ein Großteil der Teilnehmer*innen von der Versammlung für ein zweites Die-In zwischen dem S-Bahnausgang, dem Messe Parkplatz und dem Eingang des City-Cubes, so dass die Aktionär*innen auf ihrem Weg zur Versammlung direkt an den Aktivisten*innen vorbeigeleitet wurden.

Kurz nach 10:00 Uhr endete die Aktion. Einige betraten danach das VW-Gebäude, um die Hauptversammlung zu begleiten. Während VW-Chef Herbert Diess auf der Bühne den Einstieg in die SUV-Produktion als eine der besten Entscheidungen lobte, in der Vorhalle vegane Brötchen neben einem Bugatti serviert wurden, sprachen ROBIN WOOD-Aktivist*innen mit den Aktionären*innen über die Verkehrswende.

Dass die Aktionäre*innen uns und der Aktion überwiegend positiv gegenüber eingestellt waren, lag zum einen an der bunten Aktion, aber zum anderen auch an der VW-Politik des Vertuschens. So nahmen VW-Securities den Aktionären*innen bei der Einlasskontrolle die Info-Zettel von Ethecon, die zuvor bei der Gegenaktion verteilt wurden, mit den Worten: „Die kommen jetzt in den Schredder“ weg.



S21 – Absurdes Schauspiel an der „Probegrube“

Stuttgart, 16. Mai 2019: Es ist absurd. Während sich das Bahn- und Immobilienprojekt Stuttgart 21 immer mehr zu einem Desaster entwickelt und die Warnungen der Kritiker*innen sich nach und nach erfüllen, wird in der Stadt feierlich und mit viel Prominenz eine „Probegrube“ eingeweiht. Auch Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn war beim Festakt vor Ort.

„Herr Kuhn, kümmern Sie sich um die echte Grube Stuttgart 21 und ignorieren Sie nicht länger das Konzept Umstieg 21“, appellierte der Stuttgarter ROBIN WOOD-Aktivist Eberhard Linckh an den Oberbürgermeister. Weitere Aktivist*innen machten mit einem großen Banner auf das wachsende Dauerproblem S21 aufmerksam. Aufschrift: „Erst wenn alles zerstört ist, werden auch die Letzten merken, dass sie unfähig sind, einen Bahnhof zu bauen.“

Alleine im letzten halben Jahr gab es gravierende Schwierigkeiten: ein seit Monaten nicht gestoppter Wassereintrich im Tunnel in Obertürkheim, einen großen Brand in einem Tunnel, der erst nach Stunden unter Kontrolle gebracht werden konnte, Wasser in anhydridhaltigem Gestein und nun auch noch Probleme bei der Genehmigung des Abstellbahnhofs in Obertürkheim. Weitere Kostensteigerungen und einen

erneut verschobenen Fertigstellungstermin pfeifen die Spatzen schon von den Dächern.

Das Projekt „Probegrube – new landscapes show up in the unlikely places“ ist eine Installation des Künstlers Tobias Rehberger in Zusammenarbeit mit dem Schauspiel Stuttgart. Sie liegt gegenüber vom Schauspielhaus im Oberen Schlossgarten, in dem mehr als 250 alte Bäume für den unterirdischen Bahnhof gefällt wurden.

Foto: ROBIN WOOD



Nein zur A100

Berlin, 25. Mai 2019: Gegen die Verlängerung der Autobahn A100 fand im Mai auf der Eisenbrücke in Berlin ein Protest-Rave statt. Die Pläne für die Autobahn stammen aus den 1950er Jahren, ein Teil davon wurde schon fertiggestellt. Die aktuell geplante Verlängerung des bestehenden Teils wäre der Auftakt für einen neuen Autobahnring durch den Osten von Berlin entlang der Ringbahn. Am Nachmittag des 25. Mai wurde die Brücke, die die Stadtteile Treptow und Friedrichshain verbindet, etwa fünf Stunden für den Autoverkehr gesperrt und stattdessen von fast tausend tanzenden Menschen bevölkert. Dazu aufgerufen hatte das Aktionsbündnis „A100 stoppen“, der Verein „Changing Cities“ und mehrere Berliner Technoclubs, denen durch den Weiterbau der Autobahn der Abriss droht.

Gemeinsam forderten die Menschen statt einer neuen Autobahn eine nachhaltige Verkehrspolitik mit mehr Platz für Fahrräder, Fußwege sowie kulturstiftende Clubs. Für die Autobahn wurden bereits 300 Gärten dem Erdboden gleichgemacht und ca. 100 Menschen wurden genötigt ihre Häuser zu verlassen. Wird die A100 weitergebaut, müssten noch mehr Menschen ausziehen. Würde der Autobahnausbau gestoppt, könnten auf der Fläche ca. 8.000 Wohnungen für bis zu 22.000 Menschen entstehen.



Foto: ROBIN WOOD



Foto: ROBIN WOOD

Wachstum stopp!

Leipzig, 24. Mai 2019: Um die „Fridays for Future“-Proteste zu unterstützen, entrollten ROBIN WOOD-Aktivist*innen von den Höfen am Brühl am Richard-Wagner-Platz in Leipzig ein großes Banner mit der Aufschrift „Hopp – Hopp – Hopp, Wachstum STOP!“. In Sichtweite demonstrieren tausende Schüler*innen und Unterstützer*innen. Die weltweiten „Fridays for Future“-Streiks wollen die Politik zum entschlossenen Handeln gegen die Klimakrise bewegen. Die Strukturen des Wirtschaftens, die zu dieser Krise geführt haben, müssen verändert werden, und zwar gemeinsam, nicht vereinzelt – international

gedacht, nicht in Grenzen. Die UN-Wissenschaftler*innen des IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) fordern als wesentlichen Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung „ein globales Finanz- und Wirtschaftssystem, das sich vom derzeitigen Paradigma des Wirtschaftswachstums abwendet“. Ungleichheiten müssen verringert, Verschmutzung und Verschwendung reduziert werden. Wirtschaftliche Entscheidungen müssen endlich auf der Grundlage von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit getroffen werden – von der lokalen bis zur globalen Ebene. Dies bedeutet auch, dass Wirtschaftsindikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt, das vor allem auf Wachstum fokussiert, grundlegend überarbeitet werden müssen.

Klimaschutz statt Kohleschmutz

Aachen, 21. Juni 2019: ROBIN WOOD-Aktivist*innen beteiligten sich auch in Aachen am großen internationalen Klimastreik der „Fridays for Future“-Bewegung in Aachen.

Foto: Tim Christensen



Vier Kletterer*innen spannten am Mittag zwischen den Stahlseilen einer Hängebrücke am Platz der Abschlusskundgebung beim Tivoli-Stadion ein Transparent mit dem Slogan: „Klimaschutz statt Kohleschmutz“. Mit der Aktion schlossen sich die Aktivist*innen auch den Protesten am gleichen Juni-Wochenende im Rheinischen Braunkohlerevier an, um den Druck für einen konsequenten Klimaschutz und einen schnellen Kohleausstieg zu erhöhen.

Ob Kohlekommission oder Klimakabinett – der aktuelle politische Prozess zum Ende der Kohle geht an der Dringlichkeit des Klimawandels vorbei. Die globale Temperatur hat sich bereits um über ein Grad im Durchschnitt gegenüber der vorindustriellen Zeit erhöht. Gerade Industrieländer wie Deutschland müssen ihren Treibhausgasausstoß jetzt massiv reduzieren, um einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern. Trotzdem wollen Kohle-Industrie und Bundesregierung die Kohlekraftwerke für weitere 20 Jahre am Netz lassen.

Fridays for Future

Die Schulstreiks für das Klima erreichten am **21.06.2019** einen weiteren Höhepunkt als 40.000 junge und engagierte Menschen aus 17 Ländern unter dem Motto „Climate justice without Borders – United for a Future“ in Aachen gemeinsam auf die Straße gingen. Denn so viele Menschen waren in Deutschland bei einer Fridays for Future-Demonstration noch nie zusammen an einem Ort.

Junge Menschen streiken schon seit Dezember 2018 und haben innerhalb kürzester Zeit frischen Wind in die Klimabewegung, aber vor allem in die Debatten der Medien und der Politik gebracht. Nach dem Veröffentlichen der Forderungen von Fridays for Future-Deutschland gab es öffentliche Gespräche mit Fraktionen und einzelnen Politiker*innen, sowohl in Talkshows als auch im Bundestag.

Da die Bewegung regional entstanden ist und Ortsgruppen zum Teil auch eigenständig agieren, finden viele Aktionen auf regionaler Ebene statt. Es werden lokale Forderungen erarbeitet, regionale Projekte gestartet und auch mit den örtlichen Politikgremien und Stadtwerken gesprochen. Fridays for Future ist eben mehr als nur freitags nicht zur Schule gehen.

Gemeinsam mit zahlreichen Organisationen des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes hat Fridays for Future dazu beigetragen, dass die Auseinandersetzung mit der Klimakrise zum tagesaktuellen Gesprächsthema wurde und sich der gesellschaftliche Konsens in bestimmten Bereichen dieser Thematik geöffnet und verschoben hat. Klimaaktivismus findet in der Gesellschaft immer mehr Unterstützung, persönliche Verhaltensweisen werden hinterfragt und die Dringlichkeit der Klimakrise ist vielen Menschen bewusst geworden. Das hat man auch bei der Europawahl im Mai gesehen. Bei einer Umfrage von infratest dimap gaben 48 Prozent der befragten Wähler*innen an, dass das Thema Umwelt- und Klimaschutz für sie bei ihrer Wahlentscheidung wichtig sei. Damit liegt es vor den Themen der sozialen Sicherheit und der Friedenssicherung. Im Vergleich zu der Umfrage vor der letzten Europawahl ist die Wichtigkeit des Themas um 28 Prozentpunkte gestiegen.

Viele Parteien, darunter vor allem die Koalitionsparteien, haben bemerkt, dass sie mit ihren veralteten und unzureichenden Forderungen beim Klima- und Umweltschutz viele Menschen nicht mehr ansprechen. Es werden effiziente, konkrete und sofortige Maßnahmen für mehr Klimagerechtigkeit gefordert. Klima- und Umweltschutz wurde zum ersten Mal auf einer hohen politischen Ebene zum wahlbestimmenden Thema. Und das ist gut so, denn der Kampf gegen den Klimawandel betrifft jeden von uns und sollte deswegen auch überparteilich in jedem Parteiprogramm eine hohe Priorität haben. Ob einzelne Parteien aufwachen und endlich die nötigen politischen Maßnahmen, die schon von verschiedenen Seiten in den Raum gestellt wurden, annehmen, diese ausarbeiten, erweitern und schließlich zeitnah umsetzen, wird sich innerhalb der nächsten Zeit zeigen. Wenn nicht, müssen die Proteste und Streiks weitergehen und sich ausweiten – auch während der Schulzeit.

Zu einem echten Problem für die Bewegung könnten allerdings die von vielen Schülerinnen und Schülern so herbeigesehnten Sommerferien werden. Denn in den sechs schulfreien Wochen kann man formell gesehen nicht streiken, viele Jugendliche sind im Urlaub und die mediale Aufmerksamkeit könnte aufgrund des Sommerlochs abschwächen. Jedoch bietet sich den Jugendlichen die Möglichkeit ihren Kritiker*innen erneut zu zeigen, dass sie es ernst meinen und sich auch außerhalb der Schulzeit weiter engagieren. Bei einem Sommerkongress vom 31.07. bis 04.08. in Dortmund gab es Weiterbildungsmöglichkeiten, Aktionen und Vernetzungstreffen. Und natürlich wurde an vielen Orten wie immer jeden Freitag protestiert.

Ob sich die Bewegung über die Sommerferien halten kann, wird sich an den Teilnehmerzahlen der geplanten Aktionswoche vom 20.09. bis 27.09. zeigen, die am letzten Tag mit dem „Earth Strike“ ihren internationalen Höhepunkt haben wird. Zu diesem Generalstreik sind Menschen aller Alters- und Gesellschaftsschichten eingeladen mit zu streiken und sich den von Fridays for Future und NGOs organisierten Protesten anzuschließen.

*Jakob zur Heide, Praktikum
bei ROBIN WOOD 2019*



24. Mai 2019: Fridays for Future und ROBIN WOOD-Aktivist*innen vor dem Rathaus in Hamburg



Foto: Heinlein

Klima-Demo in Bremen

Eine Klimademo am **29. Juni in Bremen** hatte ein bisher einmaliges Netzwerk aus insgesamt etwa 20 Verbänden und Initiativen, darunter auch ROBIN WOOD, organisiert. Eine Woche vorher gründete sich das „KlimaNetzwerk Bremen“,

in dem die Bremer ROBIN WOOD-Aktiven seit letzten Herbst inhaltlich und organisatorisch mitarbeiten. Das Netzwerk stellte sich bei der Demo vor und übergab einen gemeinsamen Forderungskatalog an die Delegationen der aktuellen Koalitionsverhandlungen. Dank gemeinsamer Anstrengungen bei der Mobilisierung auf allen Kanälen kamen trotz kurzer Vorlaufzeit dreitausend Demonstrant*innen, die die Forderungen des Klimanetzwerkes unübersehbar und unüberhörbar in der ganzen City kundtaten.

Werner Behrendt von der ROBIN WOOD-Regionalgruppe Bremen begleitete die Demo mit seiner Sambagruppe und gab bei der Abschlusskundgebung seine Erfahrung als Solarstromerzeuger weiter. Selbst ein Stadtstaat wie Bremen könne weit mehr als ein Drittel des derzeitigen Stromverbrauches direkt aus der Sonne decken – sofern die gesetzlichen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen entsprechend geändert würden. Seine Forderung: „Die Naturgesetze können wir nicht ändern, die von Menschen gemachten schon – und das möglichst schnell!“

Aktiv für die Umwelt



Foto: Tim Christensen



Foto: Jens Volle/ROBIN WOOD

Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in politische Debatten ein und streitet für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Klima, Energie und Mobilität.

Organisation: Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in zahlreichen Regionalgruppen, siehe auch robinwood.de/Regionalgruppen: An Orten, an denen keine Gruppen bestehen, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und

Pressearbeit und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional in Fachgruppen, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD gibt es im Internet unter robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, 040 3808920, info@robinwood.de

„There’s a place for us“

Zur Erinnerung an Martin Lemke

Im Juni pflanzte die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg in Meuchefitz im Wendland ein Apfelbäumchen für ihn: Martin Lemke. Ein Freund und Mitstreiter, ein entschlossener und humorvoller Anwalt für Grundrechte und Demokratie und gegen den Atomstaat, ist Ostern dieses Jahres im Alter von 59 Jahren gestorben. Auch bei ROBIN WOOD waren Martin Viele eng verbunden und vertrauten fast zwei Jahrzehnte lang auf seinen Rat. Er fehlt uns.

Zu Martins Beerdigung war die Kapelle auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg überfüllt – so viele Menschen hatten das Bedürfnis, sich von ihm zu verabschieden. Die Trauerreden von Freund*innen aus dem RAV, dem Republikanischen Anwälten- und Anwälteverein, in dessen Vorstand Martin über zwei Jahrzehnte aktiv war, waren zugleich sehr persönlich und politisch. Sie ließen trotz aller Traurigkeit den Humor aufblitzen, den Martin selbst in seinen Verteidigungsreden vor Gericht zeigte, etwa wenn er die Geschichte des Polizei-Verkehrskaspers en détail darlegte, um einen Mandanten zu verteidigen, dem vorgeworfen wurde, einen Polizisten „Kasper“ genannt zu haben.

Vor dem Gang zum Grab wurde „Somewhere“ von Tom Waits gespielt: „There’s a place for us... Somehow, someday, somewhere.“ Ein Grabgesteck war ein großes gelbes Blumen-X, dem Anti-Atom-Widerstandszeichen des Wendlands. Wenn erneut ein Castor-Transport Richtung Gorleben rollte, war Martin mit auf der Straße bei den Demonstrierenden und half ihnen zwischen den Polizeiketten, ihre Rechte durchzusetzen. „Es

Der Anwalt Martin Lemke ist gestorben. Wenn ein Castor-Transport Richtung Gorleben rollte, war Martin stets mit auf der Straße bei den Demonstrierenden



Fotos: Ingrid und Werner Lowin

wirkte, als würde seine mächtige Erscheinung wie ein Schild vor den Giftpfeilen der Justiz schützen“, schreiben Mitstreiter*innen aus dem Wendland und der Altmark in ihrer Traueranzeige. „Jeder Fight mit diesem zerstörerischen System konnte – Martin im Hintergrund wissend – mutiger und kämpferischer geführt werden. War da doch einer, dem wir vertrauten, uns in jeder noch so schwierigen Situation rauszuhauen.“



Auch wenn ROBIN WOOD-Aktive Repressionen ausgesetzt waren, weil sie sich gegen unsinnige Atommülltransporte wehrten oder auch gegen den Raubbau im Regenwald für Palmöl, war Martin zur Stelle und kämpfte einfallreich und ausdauernd vor Gericht. Er wusste viel und war großzügig darin, sein Wissen zu teilen.

Insbesondere Polizeiübergrieffe empörten ihn. Er hängte sich rein und ließ nicht locker – das galt sowohl im Kleinen – etwa als vier ROBIN WOOD-Aktive wegen der angeblichen Verletzung der Bannmeile des Hamburger Rathauses bei der Übergabe von Unterschriftenlisten belangt werden sollten – als auch im Großen, wenn es um das Ethos seines Berufsstandes ging.

Seiner Rede auf dem Strafverteidigertag 2013 in Freiburg gab er den provokanten Titel „Die Akzeptanz des Rechtsstaates in der Justiz“: „Die Justiz ist nicht in der Lage und weigert sich, Verfahren gegen beschuldigte Polizeibeamte in gesetzmäßiger Weise durchzuführen“, stellte er fest. „Strafverfahren gegen Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt enden so gut wie nie mit einer Verurteilung. In Hamburg werden mehr Geschädigte von Polizeigewalt wegen falscher Verdächtigung verurteilt als umgekehrt Polizisten wegen Körperverletzung im Amt. Nirgends ist die Justiz erfolgreicher und der Rechtsstaat schwächer als bei Verfahren gegen die eigenen Leute, seien es Polizisten, Staatsanwälte oder Richter. Staatsräson vor Rechtsstaat eben.“ Am Ende seiner Rede erinnerte er an eine Sequenz aus dem Billy Wilder-Film „Zeugin der Anklage“. „Sie alle kennen den Film mit Marlene Dietrich und Charles Laughton als Anwalt Sir Wilfrid. Charles Laughton sagt am Ende eines langen und streitbaren Lebens als Verteidiger den bemerkenswerten Satz: ‚In einem Gerichtssaal gibt es nur zwei Ehrenplätze – auf einem sitzt schon der Angeklagte.‘ Bemühen wir uns also, den zweiten Ehrenplatz im Gerichtssaal angemessen auszufüllen.“

Jetzt müssen wir wie alle aus seiner großen politischen Familie ohne Martin weitermachen. Einfach klein beigegeben, wäre seine Sache nicht gewesen.

Ute Bertrand
ROBIN WOOD-Pressesprecherin
ute.bertrand@robinwood.de



Foto: ROBIN WOOD/Weitzel

Floß statt Flieger: Wir brauchen eine klimafreundliche Mobilität für alle, sowie Menschen und Güter, die öfter am Boden bleiben!

ROBIN WOOD-Floßtour 2019 auf Rhein und Main

Flieger stoppen, statt Klima schrotten!

Fliegen ist die umweltschädlichste Art sich fortzubewegen. Um darauf aufmerksam zu machen, startet ROBIN WOOD Ende August 2019 mit einem Aktionsfloß in Frankfurt. Der dortige größte Flughafen Deutschlands wird seit vielen Jahren trotz Protesten immer weiter ausgebaut. Zwei Wochen lang ist ROBIN WOOD unter dem Motto „Flieger stoppen, statt Klima schrotten“ auf Main und Rhein bis Köln unterwegs.

Flugzeuge nutzen als Treibstoff Kerosin, das bei der Verbrennung Kohlendioxid, Wasserdampf und Stickoxide freisetzt. Ein Flug von Hamburg nach Frankfurt verursacht pro Person Treibhausgasemissionen, die 120 kg freigesetztem CO₂ entsprechen. Mit dem ICE beschränken sich die Emissionen auf 15 kg. Die Flugreise ist also achtmal klimaschädlicher.

Klimakiller Fliegen

Durch die Freisetzung in einer Höhe von zehn Kilometern wirken die Abgase dreimal so stark wie am Boden, wodurch der Treibhauseffekt deutlich stärker vorangetrieben wird. Als Folge wird es in Zukunft verstärkt zu Umweltschäden, Extremwetterereignissen und zum Verlust der Lebensgrundlagen von Menschen kommen.

Im Jahr 2014 gab es 105 Millionen Flugpassagiere. Für 2030 rechnet das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit einem Anstieg der Passagierzahlen auf 175 Millionen. Die Flughäfen in Frankfurt, München, Hamburg und Berlin planen einen Aus- bzw. Neubau. Eine gegenteilige Entwicklung ist notwendig, um das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen. Deshalb fordert ROBIN WOOD eine deutliche Reduktion der Flugbewegungen.

Züge statt Flüge

Wenn weniger als 1000 Kilometer geflogen werden, handelt es sich um Kurzstreckenflüge. Diese machen eine immense Anzahl der Flugbewegungen aus. Kurzstreckenflüge bestehen zu einem Großteil

aus den energie-intensiven Start- und Steigflugphasen. Und: Bei Kurzstreckenflügen werden kleinere, ineffizientere Flugzeuge verwendet, die meistens weniger ausgelastet sind. Insgesamt verbrauchen Kurzstreckenflüge damit pro Personenkilometer etwa doppelt so viel Treibstoff wie Langstreckenflüge.

Vor allem bei kurzen Strecken sind Flugzeuge leicht durch umweltfreundlichere Verkehrsmittel zu ersetzen. Um Bahnfahrten wieder attraktiver zu machen, müssen diese günstiger sein. Als Alternative für längere Strecken müssen die Nachtzüge wieder eingeführt sowie das Angebot ausgebaut werden. Außerdem sollte internationales Reisen durch eine bessere Vernetzung der Bahngesellschaften vereinfacht werden.

Fliegen ist billig, es kostet nur die Welt

Die tatsächlichen Kosten für Schäden an Klima und Umwelt sind in den Flugpreisen nicht enthalten, da die Fluggesellschaften nicht für diese Folgekosten aufkommen müssen. Fliegen ist auch deshalb so bil-

Klimakiller: Flughäfen in Frankfurt, München, Hamburg und Berlin sollen ausgebaut werden



Foto: Thomas Piper



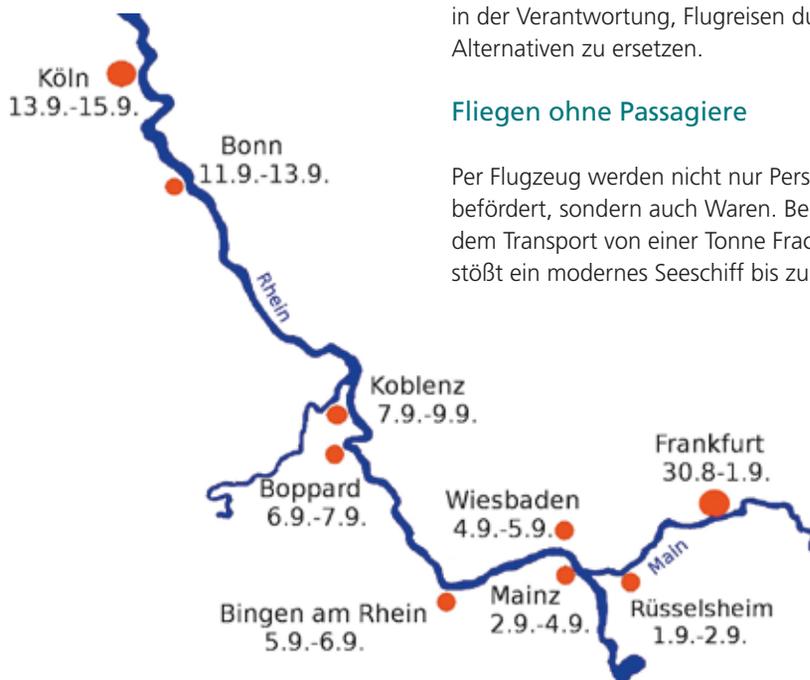
Protest gegen den Kahlschlag im Treburer Wald. Fraport lässt weiter roden, um immer mehr Platz für den Frankfurter Flughafen zu schaffen

lig, weil es subventioniert wird. So wird auf internationale Flüge keine Mehrwertsteuer erhoben, während es bei internationalen Bahnfahrten 19 Prozent sind. Auch wird Kerosin im Gegensatz zu anderen Treibstoffen nicht besteuert, obwohl es am klimaschädlichsten ist. Diese bewusste politische Steuerung zum Vorteil der mächtigen Luftfahrtindustrie

ist gegen die langfristigen Interessen an gesunden Lebensgrundlagen gerichtet. Trotz dieser viel zu niedrigen Preise und insgesamt viel zu vieler Flugbewegungen hat nur ein geringer Teil der Menschen das Privileg, überhaupt jemals zu fliegen. Geschäftsreisen machen einen großen Anteil der Flugbewegungen aus. Im Jahr 2018 waren dies in Frankfurt 36 Prozent. Somit sind auch Unternehmen in der Verantwortung, Flugreisen durch Alternativen zu ersetzen.

Fliegen ohne Passagiere

Per Flugzeug werden nicht nur Personen befördert, sondern auch Waren. Bei dem Transport von einer Tonne Fracht stößt ein modernes Seeschiff bis zu 40



Das ROBIN WOOD-Floß ist vom 30. August bis zum 13. September auf Main und Rhein unterwegs, um gegen den klimaschädlichen Flugverkehr zu demonstrieren

Gramm CO₂, die Eisenbahn bis zu 100 Gramm, ein LKW bis zu 150 Gramm und ein Flugzeug sogar 500 Gramm CO₂ pro Kilometer aus. Wir fordern eine Kennzeichnung der Transportmittel aller Produkte sowie eine Erhöhung der Kosten für Luftfracht. Um Emissionen zu reduzieren, ist es notwendig, Nahrung, Kleidung und andere Konsumgüter hauptsächlich aus der eigenen Region zu konsumieren.

ROBIN WOOD fordert:

- Flugbewegungen drastisch reduzieren
- Kurzstreckenflüge bis 1000 km und Nachtflüge verbieten, Schienenverkehr ausbauen
- Kostengerechtigkeit im Verkehr: Flugpreise an Klimaschäden anpassen
- Flughafenaus- und -neubau stoppen
- Transportmittel auf Produkten angeben

ROBIN WOOD-Aktionsfloß

Für das Klima auf unserem Planeten gehen inzwischen Woche für Woche Hunderttausende auf die Straße und streiken. Vom 20. bis 27. September sind erneut weltweite Klimastreiks und eine ganze Aktionswoche zum Schutz der Umwelt geplant. Dieses Jahr passiert so viel wie nie in der Klimabewegung und auch du kannst dich an diesen Protesten beteiligen. Auch auf unserem 3 mal 10 Meter großen Floß kannst du mitfahren und uns helfen, auf die Problematiken des Fliegens aufmerksam zu machen. Fast jeden Tag fahren wir um die fünf Stunden und machen am Ankunftsort Infostände, Veranstaltungen und kleine Aktionen. Auch Kanu oder Fahrradbegleitung ist möglich.

Die Floß-Crew freut sich über Besuch und Unterstützung! Alle Informationen und Daten zur Tour findest du auf www.flosstour.de
Direkter Kontakt zur Crew:
Tel.: 0151 24694009
E-Mail: flosstour@robinwood.de



Flieger stoppen, statt Klima schrotten!

Wald statt Kies

Sand, Kies, Gips: ROBIN WOOD protestiert gegen Abbau und ungezügelten Verbrauch

Seit Ende letzten Jahres ist der Abbau von Rohstoffen für die Baubranche Thema bei ROBIN WOOD, und wir haben einige Aktionen dazu organisiert, von denen wir auf den Seiten 6 und 7 dieser Magazin-Ausgabe berichten.

Baustoffabbau ist erst einmal ein Thema, das nicht so eingängig erscheint. Aber die Baubranche und ihre Rohstoffe in den Zusammenhang der Klimakatastrophe und des Artensterbens zu stellen, ist längst überfällig!

Ein paar dramatische Fakten...

...zum Gipsabbau im Südharz

Die Gipskarstlandschaft des Südharzes ist weltweit einzigartig: Die Vegetation besteht aus Kalk-Pionierrasen, artenreichen Halbtrocken- und Trockenrasen und auch seltenen, naturnahen Wäldern wie zum Beispiel Orchideen-Buchenwäldern. Mindestens 420 verschiedene Pflanzenarten und 400 Großschmet-

12. Mai 2018: ROBIN WOOD auf dem Dach der Aktionärsversammlung der HeidelbergCement AG



Foto: Jens Volle/ROBIN WOOD

terlingsarten haben dort ihren Lebensraum. In Teilen ist der Südharzer Gipskarst ein anerkannter Biodiversitäts-Hotspot. Das Profitinteresse der Rohstoffindustrie, namentlich die Unternehmen Knauf, Saint-Gobain und CASEA, wird auch von der Politik über Naturschutz- und Klimaschutzinteressen gestellt. **Wir sagen: Artenschutz statt Abraumhalden! Grips statt Gips!**

...zu Kiesabbau im Bannwald und ganz Südhessen

Der Bannwald in der Nähe des Frankfurter Flughafens hat als Luft- und Wasserfilter eine unersetzliche Funktion für das lokale Klima und als Erholungsort für die Menschen aus den urbanen Ballungszentren.

Trotzdem wird er seit Jahrzehnten Stück für Stück gerodet. In diesem Herbst sollen fünf Hektar kahlgeschlagen werden. Die Baustoff-Firma Sehring erhält regelmäßig neue Genehmigungen für ihren Kies-Tagebau. Über 240 Hektar Wald hat Sehring in den letzten 60 Jahren bereits abholzen lassen. Allein in den letzten vier Jahren weitere 12 Hektar. In den nächsten 15 bis 20 Jahren will das Baustoffunternehmen noch über 50 Hektar abholzen.

Ein Großteil des abgebauten Kieses geht direkt in den Ausbau des Frankfurter Flughafens, also in die Infrastruktur für die klimaschädlichste Fortbewegungsart, die es gibt. Allein in Südhessen gibt es rund 30 Kies-Abbaubetriebe. Vielerorts hinterlässt der Abbau zerstörte Ökosysteme. Die Vorkommen von Kies sind – wie andere fossile Baustoffe auch – in absehbarer Zeit erschöpft. Gleichzeitig fehlt es an Forschung zu umweltverträglichen Alternativen.

Wir sagen: Hände weg vom Bannwald! Her mit einem Schutzgesetz!

...zur Zementherstellung international

Für die Zementherstellung werden ganz verschiedene Baustoffrohstoffe benötigt. Die HeidelbergCement Gruppe ist ein Branchen-Riese. Der Konzern steht auf Platz zwei der Weltmarktliste für Zement und auf Platz eins im Bereich der Zuschlagstoffe wie Sand, Kies, Splitt und Schotter. Dadurch ist das Unter-

nehmen für einen großen Teil des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Die Produktion von Zement, dem Bindemittel von Beton, ist extrem klimaschädlich. Sie verursacht etwa acht Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Zudem führt der Abbau von Sand und Kies zu großflächiger Zerstörung von Ökosystemen. Berge werden abgetragen, klimaschützende Wälder abgeholzt, Äcker vernichtet und Dörfer umgesiedelt, um an die darunter liegenden Ressourcen zu gelangen.

Wie jeder profitorientierte, globale Wirtschaftszweig hat auch die Zementindustrie katastrophale sozial-ökologische Folgen. Auch Menschenrechtsverletzungen sind keine Seltenheit.

Wir fordern die HeidelbergCement AG und alle anderen Giganten der Zementindustrie auf, ihr profitorientiertes Handeln sofort, spürbar und unumkehrbar in ein sozial-ökologisches umzuwandeln!

Was fehlt, wie geht es weiter?

Was wir bis jetzt skandalisiert haben, sind punktuelle Desaster. Es fehlt ein Blick auf die Katastrophe des Baustoffabbaus im Ganzen. Wie viel ökologisch wertvolle Fläche geht eigentlich, verloren, wenn wir deutschlandweit oder sogar weltweit alle kleinen und großen Tagebaue zusammenrechnen? Wie groß ist dadurch der Artenverlust? Wie viel CO₂ wird durch den Rohstoffabbau freigesetzt? Diese Fragen werden sich nicht exakt beantworten lassen. Dennoch planen wir, unsere Recherchen in diese Richtung zu verstärken und dadurch belastbare Daten für unsere politische Arbeit zu finden. Wollt ihr uns dabei unterstützen? Wir freuen uns über jede Spende. Wenn ihr inhaltlich zu diesem Thema mitarbeiten wollt, meldet euch unter: wald@robinwood.de

Brief von Gunarti zur Hauptversammlung von HeidelbergCement am 9. Mai 2019

Liebe Brüder und Schwestern in Deutschland,

ich sende euch achtungsvolle Grüße. Mögen wir alle innerlich und äußerlich gesund bleiben, wo auch immer wir uns aufhalten. Wir dürfen niemals vergessen, dass wir ohne Mutter Erde nicht leben können. Jeder von uns braucht das, was sie uns schenkt. Wir brauchen Wasser, brauchen Nahrung, Gesundheit, einen Ort zum Leben und Frieden. Deshalb lasst uns die Erde auf friedliche Weise beschützen! Lasst uns die Erde schützen, denn wenn wir sie verletzen, wird sie wütend werden. Überall können wir die Folgen beobachten, wenn Unternehmen nicht aufhören, die Erde so massiv auszubeuten. Wir sind Zeugen der globalen Erwärmung, wir sehen zu, wie die Pole schmelzen. Und ihr, die ihr angeblich so schlau seid dank eurer Bildung, ihr müsstet doch wissen, dass die Zerstörung des Kendeng-Gebirges auf Java Folgen für uns alle hat.

Wessen Verantwortung ist das? Die von Unternehmen? Oder von Politikern? Ich frage Sie als Aktionärinnen und Aktionäre, haben Sie überhaupt noch Gefühle? Wenn Sie noch Gefühle haben, wenn Sie noch ein Erinnerungsvermögen haben, müsste Ihnen doch klar sein, dass Sie zum Leben Essen und Trinken brauchen. Keinen Zement. Keinen Sand. Und auch keine Kohle.

Ist Ihnen bewusst, dass Sie mit all Ihrer Bildung und all Ihrem Geld einen falschen Weg einschlagen? Einen gierigen und grausamen Weg. Einen Weg, der nur vom Streben nach materiellen Dingen bestimmt ist. Nach Dingen, die nicht wirklich nahrhaft sind.

Sie zerstören die Hoffnung der Bauern. Sie nehmen den kommenden Generationen das weg, was Mutter Erde ihnen schenkt. Und sie fühlen sich dabei wie Könige, die keine Rücksicht darauf nehmen, wie viele Opfer ihnen gebracht werden. Wie können Sie es nur aushalten, die Geschenke der Natur zu zerstören? Haben Sie überhaupt kein Herz?

Und merken Sie überhaupt nicht, dass Ihr Geld irgendwann nicht mehr von Bedeutung sein wird? Was Sie wirklich brauchen, ist doch nicht mehr als Essen und Trinken, nicht mehr als

saubere Luft, sauberes Wasser und eine saubere Umwelt. Deshalb bitte ich Sie als Aktionärinnen und Aktionäre: Setzen Sie diesen zerstörerischen Kurs nicht fort! Bauen Sie keine Zementfabrik am Kendeng-Gebirge! Lassen Sie nicht zu, dass unsere Umwelt weiter zerstört wird!

Meine Freunde und Freundinnen, die Mutter Erde schützen wollen. Gebt nicht auf! Werdet nicht müde! Erinnert die Menschen, die schnell vergessen und die von Geld trunken sind und die überall auf der Welt noch mehr Fabriken bauen wollen. Wir müssen weiter in Bewegung sein, um Mutter Erde zu schützen. Wir müssen die Aktionärinnen und Aktionäre erinnern.

Ich sende euch Grüße. Wir sind eine Familie. Ich wünsche uns allen Kraft, um für Mutter Erde zu kämpfen. Für uns. Für unsere Kinder. Und für unsere Enkel... Salam Kendeng! Lestari!!!

Gunarti, Sukolilo, Pati, Zentraljava, Indonesien im Mai 2019

Gunarti lebt als Bäuerin am Kendeng-Karstgebirge in Zentraljava. Sie gehört zur indigenen Gruppe der Sedulur Sikep (Samin), die seit Generationen von der Landwirtschaft leben und diese nachhaltig betreiben. Seit 2010, dem Jahr in dem Indocement - ein Tochterunternehmen von HeidelbergCement - Pläne für die Errichtung einer Zementfabrik startete, leisten die Sedulur Sikep gemeinsam mit vielen weiteren Anwohner*innen energischen und konsequent gewaltfreien Widerstand.

2017 war Gunarti in Deutschland und hat hier die Öffentlichkeit über die drohenden irreparablen Schäden des fragilen Ökosystems am Kendeng Karst informiert. Auf der Aktionärsversammlung von HeidelbergCement appellierte sie an die Vernunft der Aktionär*innen und forderte, die Fabrikpläne zu stoppen. Doch dies ist nicht geschehen.

Anlässlich der Hauptversammlung von HeidelbergCement am 9. Mai 2019 hat Gunarti erneut einen Brief geschrieben.

 **ROBIN WOOD** **SAVE ROMANIAN PRIMARY**

Foto: ROBIN WOOD/AgentGreen



FORESTS! EURO
NATUR

*ROBIN WOOD, AgentGreen und EuroNatur protestierten gegen die fortschreitende Zerstörung der rumänischen Natur- und Urwälder. Für den Schutz der Wälder im Domogled-Cernatal-Nationalpark in den rumänischen Südkarpaten setzten die Kletteraktivist*innen Ende Juli ein spektakuläres Zeichen: Sie spannten ein 50 Meter langes Banner mit dem Schriftzug „SAVE ROMANIAN PRIMARY FORESTS!“ über einem 200 Meter breiten Taleinschnitt. Der Protest richtete sich gegen den geplanten Ausbau der Nationalstraße 66a mitten durch den Domogled-Nationalpark. Dadurch wäre der Status des gesamten transnationalen europäischen Weltnaturerbegebiets zum Schutz alter Buchenwälder gefährdet.*



In Rumänien finden sich mit 32 Prozent die in der EU größten zusammenhängenden, nahezu unberührten Wälder

Fotos: Euronatur/Janinka Lutze

ROBIN WOOD goes Romania

Für den Schutz der einmaligen Urwälder

Wir waren dieses Jahr einige Male zum Schutz der rumänischen Urwälder aktiv. Mit Baumstämmen, Kettensägen, Schnitzzutzhose, Helm und fast echten Bären haben wir vor der rumänischen Botschaft in Berlin symbolisch sichtbar gemacht, was in den rumänischen Urwäldern passiert. Ihr habt die Fotos gesehen. Kurze Zeit später initiierten wir ein Statement von 13 deutschen, rumänischen und internationalen NGO für den Schutz rumänischer Ur- und Naturwälder an das rumänische Umwelt- und Forstministerium und die rumänische Forstverwaltung. Auch das konntet ihr im letzten Magazin lesen. Heute erzählen wir euch, was bisher noch geschah und wie es weiter geht.

Aber zunächst: Warum überhaupt Rumänien? Gibt es hier in Deutschland nicht genug zu tun zum Schutz der Wälder? Das haben uns einige von euch gefragt.

ROBIN WOOD hat sich immer schon international für den Schutz der Wälder eingesetzt. Sei es gegen die Abholzung der skandinavischen Urwälder, der Tropenwälder in Südamerika oder der indonesischen Wälder. Waldschutz ist überall auf dem Planeten wichtig. Denn alte und artenreiche Wälder sind unsere stärksten Verbündeten gegen den Klimawandel.

Urwälder und urwaldähnliche Naturwälder im Vergleich

- Ukraine: 100.000 Hektar
- Polen: 12.000 Hektar
- Slowakei: 11.000 Hektar
- Österreich: <1500 Hektar
- Deutschland: <100 Hektar
- Belgien: 0 Hektar

Der Artenreichtum ist ein Garant für die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme.

Wenn wir einen Blick auf die Zerstörung der Wälder in der EU werfen, so weisen Rumäniens Wälder einige Besonderheiten auf. In Rumänien befinden sich 32 Prozent der größten zusammenhängenden, nahezu unberührten Wälder und die größten alten Buchenwälder. Gleichzeitig ist die Entwaldungsgeschwindigkeit eine der höchsten. Gab es 2004 noch 218.500 Hektar unberührte Wälder, so sind es inzwischen nur noch die Hälfte.

Gerodet wird für den europäischen Markt. Auch Deutschland ist Abnehmer rumänischen Holzes. Über große europäische Holzhandelsfirmen wie Schweighofer, Egger und Kronospan, landet das Holz z.B. als Spanplatten in unseren Baumärkten. IKEA zum Beispiel bezieht acht Prozent seines Holzes aus rumänischen Wäldern.

Noch sind längst nicht alle Urwälder Rumäniens kartiert. Solange das der Fall ist, können sie weiter gerodet werden. Aber auch ein Status als Nationalpark oder Natura 2000-Gebiet ist kein Garant für einen effektiven Schutz. Umweltschutzorganisationen und Wissenschaftlicher*innen dokumentieren regelmäßig großflächige Rodungen. 70 Prozent der registrierten Fällungen finden in geschützten Gebieten statt.

Wissenschaftlicher Workshop

Gemeinsam mit unserem Waldexperten und Aktionskoordinator Alex Gerschner traf ich Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von NGO sowie Journalist*innen aus Deutschland und Österreich bei einem Workshop im Semenik Nationalpark, der im Rahmen eines

mehrjährigen Wald-Kartierungsprojektes rumänischer, slowakischer und deutscher Wissenschaftler*innen stattfand. Die Kartierungen sind Teil eines Forschungsprojektes unter der Leitung der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg und werden von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt finanziert. Alle Flächen, die durch die Kartierung als störungsfrei, also als unberührte Wälder, erkannt werden, werden einer Kommission zur Aufnahme in einen Schutzka-



Fotos: Jana Baileitner/ROBIN.WOOD



Exkursion ins Fagaras-Gebirges südlich von Victoria. Die Situation im Karpaten-Tal war schockierend: Übernutzung ohne Rücksicht auf die Natur



Foto: Maraz, Forum Umwelt und Entwicklung

Protest gegen die Waldzerstörung vor der rumänischen Botschaft in Berlin

talog vorgeschlagen. 5.259 Hektar sind bereits aufgenommen. Die Arbeit wird allerdings durch diverse bürokratische Hürden behindert.

Die Wälder als sogenannte „Virgin Forests“ zu definieren, ist in Rumänien schwieriger als anderswo, weil strengere Kriterien festgelegt wurden: Alle Bäume müssen alt sein (was nach Windbruch oder anderen natürlichen Störungen

Uralte Buchen aus Rumänien als Feuerholz oder für Spanplatten



Foto: Jana Baillenthien/ROBIN WOOD

nicht mehr der Fall ist), kein einziger ab-gesägter Stumpf darf zu sehen sein (was aber immer mal vorkommen kann, wenn sich Ortsansässige ihre Kleinstmengen aus dem Wald holen oder kleine Pfade freigehalten werden), es muss genug Totholz vorhanden sein (das ist eine weiche Kategorie, die nicht messbar ist und die auch schon zu absurden Ablehnungen geführt hat). Damit ist der hohe Anspruch an „Virgin Forest“ gleichzeitig ein Werkzeug geworden, diesen erst gar nicht ausweisen zu können.

Komplizierte Kartierungspraxis in rumänischen Wäldern

Die Kommission macht sich nur selten selbst ein Bild vor Ort. Wenn die Managementpläne der Privatwaldbesitzer*innen darauf schließen lassen, dass es sich nicht um einen „Virgin Forest“ handelt, dann wird dem häufig mehr Glauben geschenkt als der wissenschaftlichen Kartierung.

Privatwaldbesitzer*innen müssen der Kartierung zustimmen. Wenn sie den Wald wirtschaftlich nutzen wollen, stimmen sie der Kartierung natürlich nicht zu. Damit geht von vorneherein viel potenziell schützenswerter Wald verloren. Im Fagaras-Gebirge sind 40 Prozent der Wälder in privater Hand.

Auch scheint die Regierung den Katalog schnell schließen zu wollen. Das konnte durch das unermüdliche weitere Kartieren des Projekts aber abgewendet werden. Der gesamte bürokratische Akt bleibt allerdings so kompliziert, dass er sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, die für die Feldforschung genutzt werden könnte

Exkursion in den Semenik Nationalpark

Am letzten Tag unserer Rumänien-Reise besuchten Alex und ich mit Wissenschaftler*innen, NGO-Vertreter*innen und Journalist*innen ein Tal im Fagaras-Gebirge in den Karpaten südlich von Victoria. Der Zustand des Waldes schockierte uns. Der leidlich befestigten Straße in die Berge konnten wir ihre Übernutzung ansehen. Sie bestand aus hohem Matsch aus frisch von schweren Maschinen aufgewühlter Erde. Alle paar hundert Meter

zweigten Rückewege ab, die sich vertikal bis zu fünf Meter tief in den Waldboden geschürft hatten. Auch diese Wege wirkten frisch angelegt. Jahrhundertealte Bäume mussten am Rand der Wege gefällt werden, weil die Forstmaschinen beim Befahren der Rückewege die Hälfte der Wurzeln komplett abrasiert hatten und die Bäume sonst auf die Wege gestürzt wären. Überall dort, wo die Steigung es zuließ, türmten sich frisch gefällte, dicke Buchenstämme, die in kurze Stücke zersägt worden waren.

Das grobe Zersägen des Stammholzes gab uns einen Hinweis darauf, dass die Stämme nicht unbedingt zu langlebigen Dachbalken oder speziellen, hochwertigen Massivholzmöbeln verarbeitet werden sollten. Eher die Nutzung als Feuerholz oder für billige Spanplatten kam in Frage. Dies ist also die „normale“ Forstwirtschaft in Rumänien.

Nicht nur die ruppige Art der Arbeiten sondern auch der Zeitpunkt, zu dem die Arbeiten ausgeführt wurden, führte zu den dramatischen Schäden, die wir dokumentieren konnten. Es war Frühjahr – Brut- und Setzzeit, in der den Tieren Ruhe gewährt werden sollte, damit sie ihre Jungen zur Welt bringen und aufzuziehen können. In Rumänien gibt es solche gesetzlich geregelten Ruhephasen nicht. Selbst die niedrigsten Standards des Naturschutzes, die wir aus anderen europäischen Ländern kennen, wurden in dem von uns besuchten Taleinschnitt nicht eingehalten.

„Du musst zum Feldstecher greifen, um dir die Kronen der Bäume anschauen zu können“

Am Ende der befahrbaren Straßen nahmen wir einen Pfad zu Fuß in die Berge. Welch ein Kontrast, und welch ein Erlebnis. Jahrhundertealte Bäume und viel lebendiges Totholz, Urwüchsigkeit ohne Ordnung, ein riesiger Artenreichtum und keine sichtbaren Einflüsse des Menschen. Wie es Alex formulierte: „Es ist schon etwas Besonderes, wenn du zum Feldstecher greifen musst, um dir die Kronen der Bäume anzuschauen.“ Mit einer Gruppe Waldexpert*innen in solch einem Wald zu sein, bedeutet zwangsläufig ein sehr langsames Vorankom-

men. Arten wurden bestimmt. Es wurde gestaunt, gerätselt und mit dem Kopf geschüttelt. Wir können uns sicher sein, dass Bären uns gesehen haben.

Doch von hier sahen wir auch die Kahlschläge auf der gegenüberliegenden Bergeite. Immer wieder entwickelten sich Gespräche über die Definition von „Virgin Forests“ anhand von Praxisbeispielen am Wegesrand. Die Wanderung war ein Erlebnis zwischen fachlicher Expertise und dem Erleben der Natur mit allen Sinnen.

Spektakuläres Zeichen für den Schutz des Weltnaturerbes

Beeindruckt von den Urwaldriesen, schockiert von den Spuren der Forstwirtschaft und bestürzt über die Schwierigkeiten, die der Einsatz für den Schutz der Wälder in Rumänien mitsichbringt, beschlossen wir, dass ROBIN WOOD dranbleibt. Gemeinsam mit der Stiftung EuroNatur und der rumänischen Organisation AgentGreen schmiedeten wir Pläne für die Zukunft. Und so starteten wir Ende Juli mit 10 Aktiven von ROBIN WOOD in den Nationalpark Domoglet-Valea Cernei. Dort organisierten wir gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen von AgentGreen und EuroNatur eine spektakuläre Kletteraktion!

Ein internationales Team von Kletter*innen spannte ein 50 Meter langes Banner auf mit dem Schriftzug „SAVE ROMANIAN PRIMARY FORESTS!“ Am Samstag flatterte das Banner über den Graslandschaften eines Passes, am Sonntag über einem 200 Meter breiten Taleinschnitt. Wir markierten auf diese Weise den Abschnitt der rumänischen Karpaten, der als UNESCO-Weltnaturerbe unter dem Schutz der gesamten Menschheit steht.

Der Protest richtet sich gegen den geplanten Ausbau der Nationalstraße 66a mitten durch die beiden Nationalparks Domogled und Retezat, der sich massiv auf die gesamte europäische Weltnaturerbe-Stätte auswirken würde. Die rumänische Regierung plant den Ausbau der bisher bestehenden, nicht-asphaltierten Forststraße zu einem zweispurigen Highway. Von den 19 Kilometern



Foto: ROBIN WOOD/Minierva Vincza

Juli 2019: Vor Ort für den Schutz der rumänischen Wälder aktiv

des geplanten Bauabschnitts verläuft ein Kilometer durch die Kernzone des UNESCO-Schutzgebietes. Die Aktivist*innen fordern von der rumänischen Regierung, die EU-weit bedeutenden Ur- und Naturwälder des Landes konsequent zu schützen und alle Pläne zum Ausbau der DN66a endgültig aufzugeben, die Landschaften von „universellem Wert“ irreversibel schädigen würde.

Nachdem die Pläne für den Ausbau der DN66a bereits 2010 durch den massiven Protest von Umweltschützer*innen gestoppt worden waren, hat sich die Situation aktuell massiv zugespitzt. Am 25. Juli 2019 wurde die Ausschreibung für den Straßenbau geschlossen und der rumänische Verkehrsminister Razvan Cuc hat den Baubeginn innerhalb eines Monats angekündigt.

Weiter geht's

Für die Zukunft haben wir bereits weitere Bündnisaktionen geplant. Lasst euch überraschen. Aber auch inhaltlich geht es für uns weiter. Über sogenannte Isotopenanalysen werden wir den Referenzkatalog von Holz aus geschützten Gebieten Rumäniens erweitern. Wir hoffen damit in Zukunft, Lieferketten von rumänischen Holzprodukten bei IKEA oder in deutschen Baumärkten prüfen zu können. Deutschland ist Abnehmer rumänischen Holzes – auch aus illegal geschlagenen geschützten Gebieten, so unsere Vermutung. Wir bleiben dran und halten euch auf dem Laufenden!

Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin
wald@robinwood.de



Der Kontrast zu den Wäldern, in denen Forstwirtschaft betrieben wird, ist groß: Jahrhundertealte Bäume und viel lebendiges Totholz, Urwüchsigkeit ohne Ordnung, ein riesiger Artenreichtum



*Kamerun: Erst kommt der Raubbau am
Urwald, dann eintönige Palmölplantagen
so weit das Auge reicht*

Fotos: Hajo Schmitz-Kretschmer



*CITES soll einen nachhaltigen Handel mit Holz
garantieren und die Partizipation der Bevöl-
kerung gewährleisten. Gerade in Ländern mit
hoher Korruptionsrate ist das oft schwierig*

Nachhaltige Waldwirtschaft durch CITES?

Vom 17. bis 28. August 2019 findet in Genf die 18. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (WA/CITES) statt. Ziel dieser 1975 in Kraft getretenen Konvention ist es, den internationalen Handel mit gefährdeten Pflanzen- und Tierarten so zu regulieren, dass er die Bestände dieser Arten nicht gefährdet. Kann dieses angestrebte Ziel im Hinblick auf gefährdete Baumarten verwirklicht werden? Und kann CITES sowohl ein effektives Instrument für die art- und naturverträgliche Nutzung von Baumarten darstellen als auch illegalen Holzeinschlag und illegalen Handel wirkungsvoll verhindern?

Neben dem übergeordneten Ziel, den internationalen Handel art- und naturverträglich zu gestalten, haben seit der Rio-Konferenz 1992 auch die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung der Entwicklungsländer und ihres souveränen Rechts auf Ressourcenverfügbarkeit das Selbstverständnis und den Aktionsrahmen von CITES deutlich beeinflusst.

Die Bedeutung der Anhänge

Neben dem Konventionstext und einem komplexen Regelungssystem sind elementarer Bestandteil von CITES drei Anhänge, die regelmäßig neu verhandelt werden und in die gefährdete Arten aufgenommen und jeweils unterschiedlichen Schutzregimes zugeordnet werden.

In **Anhang I** werden Baumarten aufgenommen, die vom Aussterben bedroht sind. Für solche Arten besteht ein Handelsverbot. Dieser Anhang enthält nur wenige Arten. Die bekannteste ist der in der brasilianischen Mata Atlantica vorkommende Rio Palisander (*Dalbergia nigra*), der früher in Möbeln und in Musikinstrumenten, insbesondere in Gitarren, verbaut wurde. Sein Handelsverbot hat in den letzten Jahren zu erheblicher Unruhe bei Gitarrenhändlern, in Musikerforen und sogar zur Absage von Vintagefesten geführt.

Wichtiger für die Umsetzung der CITES-Ziele ist jedoch der **Anhang II**, der solche Baumarten

aufnehmen soll, deren Nutzung und Handel nachhaltig gestaltet werden müssen, um einerseits die gefährdeten Baumarten zu schützen und langfristig vor dem Aussterben zu bewahren. Andererseits soll die lokale Bevölkerung an Einnahmen partizipieren und für den Arten- und Biodiversitätsschutz gewonnen werden. Hölzer, die in Anhang II gelistet sind, dürfen durch die Holz exportierenden Länder nur ausgeführt werden, wenn wissenschaftlich basierte Nachhaltigkeitsprüfungen durchgeführt und die Legalität nachgewiesen wurde.

Der Anhang II enthält derzeit über 500 Holzarten, von denen ungefähr die Hälfte handelsrelevant sein dürfte. Die bekanntesten Holzarten in diesem Anhang sind Mahagoni, Ramin, Afrormosia (Afrikanisches Teak), Bubinga, Pockholz sowie viele Palisander-Holzarten.

Der **Anhang III** enthält nur wenige Arten, die zudem einem sehr schwachen Kontrollregime unterliegen.

Die Umsetzung der Artenlistungen und ihre Schwachpunkte

Über die Ausfuhr von Holz des Anhangs II entscheiden die Verbreitungsstaaten in alleiniger Verantwortung durch Nachhaltigkeitsprüfungen sowie durch Nachweis des legalen Erwerbs. Einfuhrstaaten

Das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten frei lebenden Tieren und Pflanzen (**Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora: CITES**), in Deutsch als das Washingtoner Artenschutzübereinkommen (WA) bezeichnet, wurde bereits 1973 angesichts des dramatischen Rückgangs vieler Arten durch Wilderei und Handel geschlossen. Deutschland gehört zu den Erstunterzeichnern. International trat CITES 1975 in Kraft. Inzwischen gehören dem Übereinkommen weltweit 181 Vertragsparteien an, also mehr als 85 Prozent aller Staaten der Welt. Es umfasst derzeit etwa 5.000 Tier- und 29.000 Pflanzenarten.

haben lediglich die Aufgaben Zoll-, Waren und Dokumentenprüfungen stichprobenartig durchzuführen und Einfuhren statistisch zu erfassen und auszuwerten, es sei denn, sie haben wie die EU strengere Bestimmungen erlassen.

Die Anforderungen an Legalität und Nachhaltigkeitsprüfungen sind im Konventionstext sehr allgemein gehalten. Keinerlei Leitlinien existieren zu Definition, Feststellung und glaubwürdiger Überprüfung von Legalität. Die Holz exportierenden Länder haben oft keine oder nur schlecht funktionierende CITES-Behörden und/oder eine schwache Forstinfrastuktur. Vielfach sind es Länder mit hoher Korruption, wobei die exklusive Befugnis zur Ausstellung von CITES-Dokumenten durch eine CITES-Vollzugsbehörde einen zusätzlichen Korruptions-Anreiz darstellt. Kontrollsysteme entlang der Lieferkette vom Ort des Holzeinschlags bis zum Exporthafen sind vor allem in afrikanischen Ländern schwach entwickelt. CITES-Dokumente werden oft am Ende der Lieferkette, nahe an den Exportpunkten ausgestellt, während potentiell illegale Aktivitäten vor allem beim Waldmanagement, Einschlag

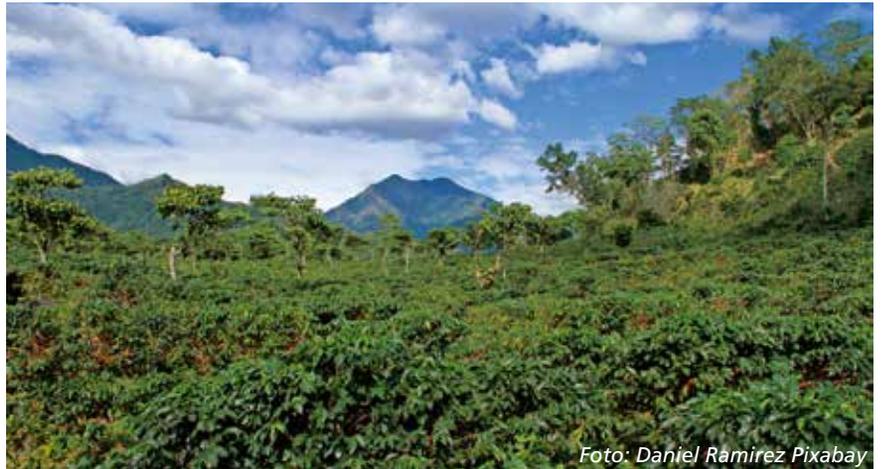


Foto: Daniel Ramirez Pixabay

Mehr Nachhaltigkeit erreicht: In Guatemala konnte die CITES-Behörde zusammen mit den lokalen Gemeinschaften die Entwaldungsrate stoppen

und Transport des Holzes passieren. Hierunter hat das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit von CITES-Dokumenten erheblich gelitten.

Mehr Bedeutung als den Legalitätsfragen wurde von Anfang an der Nachhaltigkeit beigemessen. Aber auch die in CITES vorgeschriebenen Prüfungen zur Nachhaltigkeit von Holzentnahmen (sogenannte Non Detriment Findings) sind oft unzureichend oder mangelhaft, da grundlegende biologische und forstwirtschaftliche Daten zu Populationen, Forstinventuren und Waldbewirtschaftung aufgrund schwacher Forstbehörden entweder nicht vorhanden sind oder den CITES-Behörden nicht zur Verfügung stehen. Statt Bewertungen für einzelne Holzentnahmen vorzunehmen, setzen viele Holz exportierende Länder deshalb eine Gesamt-Exportquote fest, deren wissenschaftliche Grundlagen allerdings oft zweifelhaft sind.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Maßnahmen zur Stärkung der Nachhaltigkeitsprüfung durchgeführt. Durch den so genannten „Signifikant Trade Review“, einen durch eine Resolution festgelegten formalisierten Prozess, werden solche Länder identifiziert, die Holz ohne die vorgeschriebenen Nachhaltigkeitsprüfungen exportieren. Ein wissenschaftliches Fachkomitee schlägt auf der Basis einer detaillierten Analyse konkrete Maßnahmen zum Abbau der Defizite vor, die innerhalb von ca. zwei Jahren erfolgen müssen. Nach Bewertung der erfolgten Maßnahmen durch

das CITES-Sekretariat können am Ende vorgeschriebene Quoten, aber auch ein Handelsverbot stehen, was aber in der Praxis selten vorkommt. Hinsichtlich des Ziels einer größeren Nachhaltigkeit dauert dieser Prozess zu lange, und ob er wirklich zu mehr Nachhaltigkeit führt, ist angesichts der Erfahrung mit diesem Prozess insbesondere bei politisch instabilen Ländern zweifelhaft.

Zusätzlich werden derzeit viele Maßnahmen zum Aufbau von institutionellen und fachlichen Kapazitäten durchgeführt: Hierzu gehören Unterstützungen beim Wald- bzw. Artmanagement, Aufbau von Rückverfolgbarkeits- und Verifizierungssystemen, Durchführung von Holzerkennungsworkshops sowie die Verbesserung von Nachhaltigkeitsprüfungen durch Schulungen und methodische Hilfen.

Die EU hat für derartige Maßnahmen kürzlich sieben Mill. Euro zur Verfügung gestellt. Ob solche Programme ihr Ziel erreichen, kann aber nur mit spezifischen Evaluierungsmaßnahmen festgestellt werden.

Strengere Maßstäbe in der EU

CITES wird in der EU einheitlich über entsprechende Verordnungen deutlich strenger umgesetzt. Der bedeutendste Unterschied sind strenge Importauflagen für Holzarten des Anhangs II. Für Importe von Holzarten in die EU wird eine methodisch standardisierte und anspruchsvolle Nachhaltigkeitsprüfung durchgeführt, entweder durch die

Baumarten können nur dann in CITES aufgenommen werden, wenn sie international gehandelt werden und außerdem biologische Kriterien und einen Vorsorgeansatz erfüllen. Die Vorschläge sollten wissenschaftlich fundierte Informationen zu Verbreitung, Artbiologie und Ökosystem, Populationen, Gefährdungsstatus, legalem und illegalem Handel, Nutzung und Erkennbarkeit enthalten. Hierzu sind umfangreiche Untersuchungen notwendig, die oft von den entwickelten Staaten finanziert und in Kooperation mit den Verbreitungsländern durchgeführt werden. Der Vorschlag zur Aufnahme in einen CITES-Anhang wird bei den alle 2 bis 3 Jahre stattfindenden Vertragsstaatenkonferenzen vorgelegt und muss mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden. Entscheidungen sind allerdings nicht selten politisch motiviert, was bedeutet, dass gut begründete Vorschläge zur Aufnahme von Baumarten abgelehnt und Vorschläge mit wissenschaftlich dürftiger Substanz angenommen werden können.

wissenschaftlichen Behörden der Mitgliedstaaten (in Deutschland das Bundesamt für Naturschutz) oder durch die sich regelmäßig in Brüssel treffende Wissenschaftliche Arbeitsgruppe in der EU (SRG). Die Nachhaltigkeitsprüfungen berücksichtigen u.a. lokale und nationale Populationsparameter, Regeneration/Verjüngung, Schutzgebiete, Indikatoren und Maßnahmen der Waldbewirtschaftung sowie das Volumen von legalem und illegalem Handel und können konzessionsscharf durchgeführt werden. In der Folge solcher Entscheidungen wurden in den letzten Jahren häufig Importverbote bestimmter Holzarten für die EU ausgesprochen. Beispiele sind Afrormosia aus der Demokratischen Republik Kongo, Mahagoni aus Brasilien und Honduras, Bubinga aus Kamerun. In Anpassung an die höheren Anforderungen an Legalität durch FLEGT (Aktionsplan zur „Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor“) und der EU-Holzhandelsverordnung von 2013 sind auch die Ansprüche für den

Nachweis von Legalität bei Einfuhren von CITES-Hölzern gestiegen.

Entwicklungen und Ausblick

In den letzten Jahren sind in Tropenholz exportierenden Ländern verstärkt Anstrengungen zum Aufbau von effizienten elektronischen Rückverfolgungssystemen unternommen worden, um die legale Herkunft des Holzes, die Holzflüsse, die Transparenz der Lieferketten und einen besseren Austausch zwischen den Behörden zu ermöglichen. Die gestiegenen Anforderungen an Nachhaltigkeitsprüfungen, für die mittlerweile gute methodische Leitfäden vorliegen, haben zu immer mehr Akzeptanz unter den Mitgliedstaaten geführt.

Es gibt gelungene Beispiele, in denen CITES zu mehr Nachhaltigkeit bei der Nutzung von Tropenholz geführt hat. So hat zum Beispiel in Guatemala die CITES-Behörde zusammen mit den

lokalen Gemeinschaften ein vorbildliches System von Gebieten mit nachhaltigem Forstmanagement, Schutzgebieten und einem wirkungsvollen Rückverfolgbarkeitssystem etabliert und so die Entwaldungsrate stoppen können. Auf der anderen Seite zeigt das Beispiel der Demokratischen Republik Kongo, dass in einem politisch höchst instabilen Land mit schlechter Infrastruktur, hoher Korruptionsrate und schwacher Zivilgesellschaft CITES-Maßnahmen letztlich wenig bewirken können.

In Zukunft sollten verstärkt wissenschaftliche Studien die Wirksamkeit von CITES-Listungen für den Erhalt von Populationen gefährdeter Baumarten untersuchen. Nur so lässt sich beurteilen, ob der artbezogene Ansatz von CITES in der Lage ist, die mehr auf den Erhalt von Ökosystemen bezogenen Ansätze wirkungsvoll zu ergänzen.

*Hajo Schmitz-Kretschmer, Brühl
schmitzkretsch@aol.com*

Dieser 400 Jahre alte gigantische Bubinga-Stamm wurde in Kamerun unter höchst fragwürdigen Umständen eingeschlagen. In politisch instabilen Ländern mit schlechter Infrastruktur, hoher Korruptionsrate und schwacher Zivilgesellschaft können CITES-Maßnahmen letztlich wenig bewirken

Foto: Global Witness/Reiner Tegtmeier





Projektwoche Papier

Vom 25. bis zum 28. Februar veranstaltete die Grundschule Wohltorf eine Projektwoche, in der sich alles um das Thema Papier drehte, denn wir verbrauchen viel zu viel davon.

Am Anfang der Projektwoche ist Angelika Krumm zu uns gekommen. Sie weiß sehr viel über Papier, denn sie arbeitet bei ROBIN WOOD. ROBIN WOOD will den Wald schützen. Frau Krumm hat uns sehr viel beigebracht, z.B. wissen wir jetzt, wenn wir immer mehr weißes, chlorgebleichtes Papier benutzen, immer mehr Bäume gefällt werden müssen. Und das heißt auch, dass die Luft immer schlechter wird.

Es kann jeder helfen, indem er Papier spart oder Recyclingpapier benutzt. Wir

verwenden auch viel zu viel Verpackung. Wenn wir nur was ganz Kleines bestellen, kommt meistens ein riesiges Paket an. Das ist wirklich große Verschwendung. Frau Krumm hat uns außerdem erzählt, dass in Brasilien die Eukalyptusbäume mit Chemikalien und Dünger bestreut werden, damit sie schnell wachsen. Nach sechs Jahren werden die Bäume abgeholzt und Papier für uns daraus gemacht. So geht es schon seit 50 Jahren. Es gibt immer weniger Bäume und mehr Abholzung, um daraus Papier herzustellen.

Aber wir haben sehr viele Informationen erhalten, was wir tun können. Zum Beispiel wird seit der Projektwoche in unserer Schule nur noch auf Recyclingpapier gedruckt.



Viele Infos rund ums Thema Papier während der Projektwoche

Schon gewusst?

Recyclingpapier ist heute gar nicht mehr spröde oder rau, sondern viel cooler als Papier aus Abholzung. Denn Recyclingpapier wird vollständig aus bereits benutztem Papier hergestellt. Das spart vor allem Holz und schont den Wald, da nicht mehr so viele Bäume gefällt werden müssen. Außerdem spart man bei der Herstellung etwa 60 Prozent Wasser und Energie.

In Deutschland verbraucht jeder Mensch pro Tag rund 680 Gramm Papier, das sind im Jahr ca. 250 Kilogramm. Und jedes Jahr wächst der Berg aus Verpackungen noch. In Afrika verbraucht jede Person nur acht Kilogramm Papier im Jahr. Das ist ein sehr großer Unterschied im Vergleich zu Deutschland. Wo soll das noch alles hinführen?

Wie viele Wälder müssen noch abgeholzt werden, damit sich die Menschen zufriedengeben? Warum benutzen wir nicht einfach Recyclingpapier? Für Klopapier sollte kein Regenwald abgeholzt werden. Es gibt viele Fragen, die doch eigentlich ganz einfach beantwortet werden könnten.

Kinder der Klasse 4 a, Grundschule Wohltorf

Fotos: Angelika Krumm



Jeder Deutsche verbraucht im Jahr 2011 durchschnittlich 248 kg Papier. Davon wurden immerhin 188 Kilogramme wieder eingesammelt und das Altpapier verwertet. Doch dieser Rücklauf von 76 Prozent liegt in einigen anderen Ländern wie Schweiz oder Republik Korea über 85 Prozent.



Wer verbraucht am meisten Papier? In der Projektwoche gingen die Kinder diesen und mehr Fragen zum Thema nach

#unrecyclebar

KEINE



WERBUNG

EINWERFEN!



Damit Pappbecher, Verpackungen und Büropapier nicht zu einem unlösbaren Problem für Umwelt & Zivilisation werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen kennt jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.

ROBIN WOOD
Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

Unterstützen Sie ROBIN WOOD www.robinwood.de/spenden
oder rufen Sie uns an 040 380892-0

föp



Geschäftsführerin Alexandra Knauer sagt dem Flipchart-Papier ade

Berliner Familienunternehmen mit Papierstrategie

Der Umgang mit Papier ist oft kein Bewertungskriterium, wenn es darum geht, sich als nachhaltig wirtschaftende Firma darzustellen. Sollte es aber sein, denn Papier wird trotz zunehmender Digitalisierung überall benutzt, und jedes Unternehmen kann mit seinem zukunftsfähigen Umgang einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten. Ob Unternehmensleitung oder Mitarbeiter*in, wer globale Zusammenhänge der Herkunft und des Verbrauchs von Papier sowie die Auswirkungen auf Natur und Menschen vor Ort versteht, ist schneller bereit selbst einen aktiven Beitrag zum verantwortungsvollen Umgang mit Papier zu leisten.

ROBIN WOOD hat die Firma Knauer, die in Berlin Hightech Labor-Messgeräte herstellt, bereits vor zehn Jahren in ihrem Prozess zur nachhaltigen, öko-

logischen Wirtschaftsweise begleitet. Angelika Krumm, Papierexpertin von ROBIN WOOD, hatte damals u.a. einen Workshop bei Knauer durchgeführt. Jetzt hat ROBIN WOOD nachgefragt und das Unternehmen gebeten, über seine Erfahrungen zu berichten.

Daniele Fehr und Alexandra Knauer kamen der Bitte nach und übermittelten Folgendes:

Bei Knauer haben wir – das sind insbesondere die Chefin Alexandra Knauer sowie ihre 140 Mitarbeiter*innen – das Thema Papierverbrauch schon seit Jahren im Auge. Wir haben uns gefragt, wie die Menge an verschiedenen Papieren und Pappen verringert und wo komplett auf zellstoffhaltige Produkte verzichtet werden kann.

Ein Fahrplan für mehr Nachhaltigkeit

Es geht um viel mehr als um das Trennen von Papier von anderen Abfällen. In vielen Firmen ist Folgendes üblich: Vorgänge wie Bestellungen werden mehrfach ausgedruckt und in mehreren Abteilungen abgeheftet. Papierakten füllen viele Regale und werden im Keller jahrelang gelagert, Broschüren oder Preislisten werden in großen Auflagen produziert und nach der Produktion von Neuauflagen unter Umständen komplett entsorgt. Berge von Pappkartons und Pappverpackungen werden entsorgt.

Alexandra Knauer hat einen Fahrplan entwickelt und mit ihrem Qualitäts- und Umweltmanagementteam die „grüne Umstellung“ zur Chefsache erklärt.

Bereits beim Materialeinkauf wird auf Nachhaltigkeit geachtet. Seitdem Angelika Krumm von ROBIN WOOD bei uns einen Vortrag gehalten hat, beschaffen wir fast nur noch Papier mit dem Siegel „Blauer Engel“. Dazu zählen hochwertiges Geschäftsbriefpapier, Papierblöcke, Kopierpapier, Toilettenpapier und z.B. Kartonagen und ein Teil der Briefumschläge.

In unserem Küchen- und Pausenbereich werden keine Zellstoff-Papierrollen verwendet, sondern Lappen. Es gibt Geschirr und schöne Tassen statt Pappbecher. Servietten für Gäste können auch ein kleines Format haben.

Bei uns wird zwar noch einiges gedruckt, z.B. Angebote, Protokolle und Listen, aber Kopiergeräte und Drucker sind bei uns standardmäßig auf „doppelseitig drucken“ eingestellt. Wir setzen auf sogenannte „All-in-one“-Geräte, die drucken, kopieren und scannen können. Clevere Geräte können auch zwei Seiten verkleinert auf einer Seite drucken. Auch nutzen wir Fehldrucke oder bedrucktes Papier, das nicht mehr benötigt wird, als Notizpapier.

PDF statt Papier

Es ist sinnvoll, bei der Büroarbeit innezuhalten und zu überlegen, ob es nicht ausreicht, wenn E-Mails, Notizen und Dokumente ausschließlich digital verfügbar sind. Ein weiterer großer Schritt für Unternehmen ist die Umstellung auf ein sogenanntes Dokumenten-Management-System (DMS) zur Reduzierung von Papier. Knauer führt dieses System 2019 ein. Die gesamte Dokumentation und die Prozesse in den Abteilungen Einkauf, Finanzbuchhaltung und Vertrieb werden auf papierlos umgestellt. Nur noch wenige Dokumente, wie z.B. Originalverträge, werden künftig noch in Papierform aufbewahrt. Der Papierverbrauch wird dadurch in diesen Abteilungen um mehr als die Hälfte sinken.

Für das Marketing werden nach wie vor Broschüren, Kataloge und Post-Mailings eingesetzt, denn die Vertriebsabteilung legt noch Wert auf gedruckte Unterlagen, und auch viele Kunden nehmen sie gerne. Der Druck von Broschüren in größeren Auflagen ist nur wenig teurer

als der Druck von kleinen Mengen. Die Stückkosten sinken mit der Höhe der Auflage. Oft wird daher rein kostenoptimiert die größere Auflage bestellt. Wenn aber 1.000 Stück nie eingesetzt werden, sind sie teuer für das Portemonnaie und die Umwelt.

Auch die Wahl eines kleineren Druckformats kann eine geeignete Maßnahme zur Reduzierung des Papierverbrauches sein. Oft genügt es auch, eine Broschüre als Download auf der Website zur Verfügung zu stellen. 2018 hat Knauer entschieden, nur noch Broschüren in kleinen Auflagen zu drucken und verstärkt auf die digitalen Abrufmöglichkeiten auf der Website hinzuweisen. Auch auf Messen sparen wir Papier, indem wir die übrig gebliebenen Broschüren wieder mitnehmen und weiterverwenden.

Wir halten es für wichtig, unseren Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Wir verzichten darauf, unsere Bedienungsanleitungen in unzähligen Sprachen zu erstellen. Und wir sind bereit, die Mehrkosten zu tragen, die bei der umweltfreundlichen Produktion einiger unserer Broschüren entstehen, die wir für besondere Zwecke herstellen lassen. Allerdings lassen wir auch weiterhin klassische Hochglanzbroschüren drucken, denn die Vertriebsabteilung legt Wert darauf, dass die Broschüren die hohe Qualität unserer Produkte unterstreichen.

Ein großes Thema sind die Verpackungen aus Karton. Wir bekommen viele Lieferungen, die notwendig sind für unsere Produktion und unsere Geschäftsprozesse. Wir können diese Verpackungen in der Regel nicht für den Versand unserer empfindlichen Labormessgeräte weiterverwenden, denn dafür benötigen wir geprüfte Verpackungen.

Jedoch schreddern wir einen Teil der Kartonagen und verwenden sie als Füllmaterial. Mehrwegverpackungen erfordern zwar Platz und sind meist teurer in der Anschaffung, aber mit unseren Lieferanten aus Berlin und Umgebung konnten wir auf Mehrwegverpackungen umsteigen.

Bei uns werden Papier und Kartonagen zusammen entsorgt und als ein Posten in unserer jährlichen In- und Outputbilanz dargestellt. Daher können wir die eingesparten Papiermengen und somit den Erfolg unserer Einsparbemühungen nicht

genau ermitteln. Dies hält uns aber nicht davon ab, unseren Weg des Papiersparens weiterzugehen.

Nach der Anfrage von ROBIN WOOD zu unseren Erfahrungen beim Papiersparen haben wir genau hingeschaut und ermittelt, dass wir im Vergleich zu 2010 rund 40 Prozent weniger Papier verbraucht haben. Bezieht man die Geschäftserweiterung mit ein, sind es pro Mitarbeiter*in sogar 45 Prozent. Aber wir haben noch ungenutzte Möglichkeiten, Papier einzusparen. Zum Beispiel gibt es bei unserem dreiseitigen Dienstreiseformular Kürzungspotential. Das wäre im Optimalfall Zeitersparnis beim Bearbeiten und eine Papierersparnis. Unser Personalbüro führt noch für jeden der 140 Mitarbeiter*innen eine Papierakte. Diese durch digitale Akten zu ersetzen, könnte ein zukünftiges Projekt werden.

Wir gehen Schritt für Schritt.

*Daniele Fehr, Alexandra Knauer,
Firma KNAUER*

Daniela Fehr total happy mit den neuen „Product Selection Guide“-Broschüren auf Ökopapier



Fotos: KNAUER



Besichtigung des Dottenfelder Hofes, auf dem das Festival Beats + Bohne stattfand. Auf dem Demeter-Hof züchten die Betreiber*innen konzernunabhängig eigenes Saatgut und arbeiten an der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit

Beats und Bohne

Der Protest gegen die Agrarindustrie ist laut – und er ist in großen Teilen jung! Zum Festival „Beats + Bohne“ Ende Juni 2019 besuchten auf Einladung des Bündnisses „Meine Landwirtschaft“ etwa 500 Menschen den Dottenfelder Demeter-Hof in Bad Vilbel. Vier Tage lang diskutierten sie über die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland und Europa..

Franziska (24) studiert Öko-Agrarmanagement. Sie ist auf den Dottenfelder Demeter-Hof in Bad Vilbel gekommen, weil sie etwas lernen und sich vernetzen will. Mit anderen jungen Menschen, die wie sie Angst haben, dass in Sachen Agrarwende politisch nichts oder viel zu wenig passiert. Sie sagt: „Natürlich müssen wir alle in Bezug auf Landwirtschaft und Ernährung dazulernen, aber das kann nicht nur von unten geschehen.“ WIR – das sind in diesem Fall Jungbauern und -bäuerinnen, Öko-Aktivist*innen, Naturschützer*innen und Student*innen, Lebensmittelhandwerker*innen und Junggebliebene, die alle dasselbe wollen: eine Agrarwende. Weg von der industriell-konventionellen Produktion, hin zu ökologisch und nachhaltig geführten Agrarbetrieben. Unter dem Festivaltitel „Beats + Bohne –

Wir haben es satt“ trafen sich vom 20. bis 23. Juni etwa 500 junge Menschen aus der gesamten Republik. In 35 Workshops wurde informiert und beraten, praktisch auf dem Hof mit angepackt, gemeinsam auf dem Zeltplatz gekocht und am Abend mit Live-Musik weiter diskutiert. Zur Diskussion standen u.a. der Fleischkonsum in Deutschland, die Lebensmittelverschwendung, die Macht der Discounter und das Höfesterben, aber auch der Blick über den Tellerrand und die Frage, wie die EU-Agrarpolitik sich auf die Länder des globalen Südens auswirkt. Zu dem Treffen aufgerufen hatte das 2010 gegründete Bündnis „Meine Landwirtschaft“, unter dessen Dach mehr als 50 Organisationen – darunter attac und Brot für die Welt – für eine bäuerliche und ökologischere, eine sozial gerechtere, tier- und umweltfreundlichere Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion streiten.

Dafür arbeitet auch Margarethe Hinterlang auf dem Dottenfelder Hof. Auf dem Demeter-Hof züchten die Betreiber*innen konzernunabhängig eigenes Saatgut, arbeiten an der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit und erproben Modelle „wesensguter Tierhaltung“. Außerdem betreibt der Hof eine Fachschule für

biologische Landwirtschaft und einen Schulbauernhof. Margarethe Hinterlang: „Wir wollen junge, biologisch und nachhaltig arbeitende Landwirte miteinander vernetzen und zu einer klimagerechteren Landwirtschaft beitragen – hier vor Ort und weltweit. Deshalb bieten wir diesem Festival auf unserem Hof auch gerne einen passenden Rahmen.“

Keinen leichten Stand hatte erwartungsgemäß die Politik in den Tagen von Bad Vilbel. Priska Hinz, grüne hessische Umwelt- und Landwirtschaftsministerin, verwies auf das bereits Erreichte – etwa die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Öko-Betrieben und Kreisbauernverband – und auf die Ernährungssicherheit, für die Politik mit verantwortlich sei. Die Ministerin sieht ihr Bundesland jedenfalls auf einem guten Weg: „Seit 2013 haben wir den Anteil des ökologischen Landbaus in Hessen um 50 Prozent erhöht. Wir sind dabei, eine Wertschöpfungskette in der Region zu etablieren, kleinbäuerliche Betriebe besser abzusichern und mit einem neuen Programm vielfältigen Ackerkulturen den Weg zu bereiten. Bis 2025 wollen wir in Hessen 25 Prozent der gesamten Ackerfläche in ökologische Bewirtschaftung bringen.“ Was in der

Politik als schnell klassifiziert wird, geht den Aktivist*innen aber nicht schnell genug. Elisabeth Fresen, selbst Jungbäuerin, hofft, dass immer mehr junge Menschen – angetrieben von der Sorge um die eigene Zukunft und die des Planeten – eine immer schneller wachsende „Kugel“ bilden werden, die schon in kurzer Zeit von Politik und Lobbyisten nicht mehr aufzuhalten ist. „Stand jetzt, ist die EU von einer wirklichen Agrarwende nämlich noch weit entfernt. Generell habe ich den Eindruck, dass die Politik selbst ein unbeweglicher Klotz ist. Aber wenn wir uns bewegen, dann folgt hoffentlich auch die Politik.“

Prof. Regina Birner, Inhaberin des Lehrstuhls für „Sozialen und institutionellen Wandel in der landwirtschaftlichen Entwicklung“ am Hans-Ruthenberg Institut der Universität Hohenheim, relativierte: „Neue Ideen sind zweifellos wichtig. Aber wir müssen auch die Agrarsysteme weltweit betrachten und die globalen Auswirkungen eines Umsteuerns mitbedenken. Einfache Antworten wird es da nicht geben können.“

Auf großes Interesse stieß in Bad Vilbel auch das Thema Agroforst. Mit diesem Begriff werden Landnutzungssysteme benannt, bei denen Bäume oder Sträucher mit Ackerkulturen und Tierhaltung so auf einer Fläche kombiniert werden, dass zwischen den verschiedenen Anteilen zum Vorteil aller eine ökologische Interaktion stattfindet.

Und ein anderer Teilnehmer empfahl einen Blick nach Asien. Dort hat der indische Bundesstaat Sikkim BIO zur Staatsräson erhoben. „In Sikkim gibt es nur biologischen Landbau. Die Menschen in dem kleinen Land machen uns reichen Deutschen da richtig was vor.“ Und er fügte an: „Natürlich müssen wir uns bewusst machen, dass eine Hinwendung zum ausschließlich biologischen Landbau uns was kosten wird. Aber wenn wir uns mehr auf das Wesentliche im Leben konzentrieren, dann würden wir vielleicht feststellen, dass uns das glücklicher macht, als immer noch mehr zu konsumieren.“

Das Publikum monierte, dass die Politik sich noch immer an Freiwilligkeit orientiere und nicht an Verboten. „Freiwilligkeit ist nicht mehr zeitgemäß“, erklärte eine Teilnehmerin. „Wenn wir jetzt nicht

radikale Änderungen einführen, dann ist es für den Planeten vielleicht schon zu spät.“ Priska Hinz zeigte sich durchaus empfänglich für Kritik: „Wir brauchen beides: vernünftige Anreize und strengere Vorgaben.“ Und fügte dann an: „Aber es ist und bleibt schwierig, einen Tanker wie die EU umzusteuern. Da müssen noch viele dicke Bretter gebohrt werden.“ Das weiß natürlich auch Franziska: Ohne die Politik wird es nichts mit der Agrarwende. „Schließlich sitzen die doch an einem viel längeren Hebel als wir“, sagt die Studentin. Den Deutschen Bauernverband, der laut DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken den Anspruch erhebt, „die gesamte Landwirtschaft“ zu repräsentieren, hat sie eher als Gegner denn als Partner auf dem Schirm: „Der vertritt doch nur die großen Strukturen und steht auf Seiten der Agrar-Gewinner.“

Angesprochen auf das Festival in Bad Vilbel erklärte der Generalsekretär bereits im Vorfeld: „Wir brauchen beides, ökologische und konventionelle Landwirtschaft. Aber es muss faire und offene Debatten geben.“ Für seinen Verband brauche es tatsächlich keine Agrarwende, weil „sich Landwirtschaft bisher ständig weiterentwickelt hat. Es gilt das Prinzip Evolution statt Revoluti-

Livemusik am Abend und Debatten am Tag in Bad Vilbel: Zur Diskussion standen u.a. der Fleischkonsum in Deutschland, die Lebensmittelverschwendung, die Macht der Discounter und das Höfesterben, aber auch der Blick über den Tellerrand und die Frage, wie die EU-Agrarpolitik sich auf die Länder des globalen Südens auswirkt



on.“ Jungbäuerin Elisabeth Fresen und ihre Mitstreiter*innen von Bad Vilbel hat der Deutsche Bauernverband mit dieser Einschätzung wahrscheinlich schon verloren. Denn die wollen zwar keine Revolution, aber eine echte Wende – und zwar jetzt.

Annette Lübbers, Kontakt: annette@luebbers-journalistin.de

E-Mail: info@wir-haben-es-satt.de



Fotos: Annette Lübbers



Foto: Ende Gelände David Klammer



Wochenende der Kohleproteste:
55.000 Menschen setzen sich
mit unterschiedlichsten Aktions-
formen für den Ausstieg aus der
Kohle ein

Foto: Ende Gelände

Weiter geht's!

Der Konflikt um das Ende der Kohle ist noch lange nicht befriedet

Spätestens seit Ende Juni sollten alle verstanden haben: Der Bundesregierung ist es nicht gelungen mit der Kohlekommission der Anti-Kohle Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im Gegenteil, die Proteste gewinnen weiter an Stärke. Am Wochenende vom 21. bis 23. Juni 2019 haben so viele Menschen wie noch nie zuvor gemeinsam gegen Kohle, für Klimagerechtigkeit und für den Erhalt der Dörfer protestiert.

An dem Wochenende im Juni hat die Anti-Kohle- und Klimabewegung ein beeindruckendes Zeichen gesetzt. Nicht nur durch die überwältigende Zahl der Protestierenden – ca. 55.000 – sondern auch und vor allem durch das breite Spektrum an Akteuren und die Vielfalt der Aktionsformen. Von den Fridays for Future-Demos über die gemeinsame Veranstaltung der Umwelt NGOs mit dem ‚Alle Dörfer Bleiben‘-Bündnis bis zu den Aktionen Massenhaften Zivilen Ungehorsams von Ende Gelände: Ende Juni protestierten alle gemeinsam.

Diese wachsende Stärke der Klimabewegung wird auch von Polizei, RWE und der Politik wahrgenommen. Das zeigt sich eindrucksvoll an dem enormen Aufwand, mit dem sie versucht haben, im Vorfeld den Protest zu erschweren und die Protestierenden einzuschüchtern und zu spalten.

Dabei gab es einiges, das eher nach panischer Kurzschlusshandlung als nach wohlüberlegter Strategie aussah. So verschickte die Polizeidirektion Köln Anfang Juni Briefe an alle Schulen im Bezirk Aachen, in denen sie die Schüler*innen warnte, sich von Ende Gelände ‚instrumentalisieren‘ zu lassen. Darin stellte die Polizei verschiedene falsche Behauptungen über das Protestbündnis und ihre Aktionsform auf, die sie nach kritischen Rückfragen der Tageszeitung taz kleinlaut revidieren musste. Wenige Tage später veröffentlichten sowohl mehrere Umweltschutzorganisationen, als auch

Fridays for Future-Solidaritätserklärungen mit Ende Gelände.

Auch RWE sorgte kurz vor dem Protestwochenende für zusätzliche mediale Aufmerksamkeit für das Protestbündnis. Der Konzern forderte kurz hintereinander Katrin Henneberger und Daniel Hofinger, zwei der Ende Gelände Pressesprecher*innen auf, eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen bzw. eine Vertragsstrafe in Höhe von 50.000 € zu zahlen. Die Begründung in beiden Fällen: Die Klimaaktivist*innen hätten das Unternehmen öffentlich kritisiert und zu Aktionen zivilen Ungehorsams gegen RWE aufgerufen. Ein bisher so nicht dagewesenes Vorgehen, das von Ende Gelände als Versuch kritisiert wurde, ihre Pressesprecher*innen mundtot zu machen. Weder Daniel noch Katrin lassen sich jedoch einschüchtern und machten sowohl vor als auch während der Aktion weiterhin engagiert Pressearbeit.

Es gibt noch viele Beispiele, wie versucht wurde den Kohlegegner*innen an diesem Protestwochenende Steine in den Weg zu legen. Von der in letzter Minute gerichtlich durchgesetzten Genehmi-

gung eines Camp-Ortes – der dann auch noch mehr als 20 Kilometer von dem Ort des Protestes entfernt war – bis zur stundenlangen Sperrung des nächstgelegenen Bahnhofs und der wiederholten Weigerung der Polizei die Aktivist*innen zu angemeldeten Versammlungen durchzulassen.

Es spricht für die unglaubliche Energie und Entschlossenheit der Protestierenden, dass dieses Wochenende trotzdem so erfolgreich war. Die Ende Gelände Aktivist*innen – von denen ein großer Teil dieses Jahr das erste Mal dabei war – passten ihre Pläne immer wieder spontan an, liefen dutzende Kilometer zu Fuß, übernachteten zwischendurch auf freier Fläche und schafften es so in einem Zeitraum von drei Tagen einen Tagebau und zwei Kohlebahnen zu besetzen. Die symbolische Sitzblockade zwischen Tagebau und dem Dorf Keyenberg, organisiert von ‚Alle Dörfer Bleiben‘ gemeinsam mit verschiedenen Umwelt NGOs, schuf eine wichtige zusätzliche Protestmöglichkeit und eine direkte Verbindung mit dem Widerstand in den von der Braunkohle bedrohten Dörfern. Und Fridays for Fu-

Ein breites Spektrum an Akteuren und vielfältige Aktionsformen kennzeichneten die Proteste im Juni



Foto: Channah Pepovicz Ende Gelände



Foto: Ende Gelände Jens Volle

ture trugen mit ihrer großen internationalen Mobilisierung wesentlich dazu bei, dass das Rheinland an diesem Wochenende zur internationalen Schaubühne des Klimaprotestes wurde. Auch wenn unterschiedliche Protestformen gewählt wurden: Allen, die Ende Juni gemeinsam auf der Straße, der Schiene oder im Tagebau unterwegs waren ist wohl klar, wie viel gerade auf

dem Spiel steht und wie viel noch zu tun ist. RWE und auch die anderen Braunkohleunternehmen MIBRAG und LEAG, rücken nicht von ihrem Vorhaben ab, weiter Dörfer in den Revieren zu zerstören. Laut Anwohner*innen hat RWE sogar die Umsiedelung und Zerstörung der Dörfer in den letzten Monaten forciert. Selbst in Orten, die die Bagger nie mehr erreichen werden, fällt das Unterneh-

men Bäume und ließ Häuser abreißen. Auch der Hambacher Forst ist trotz der massenhaften Proteste und des einstweiligen Rodungsstopps vom letzten Herbst weiterhin bedroht. RWE hat seine Bagger weiter auf den Hambacher Forst zu rollen lassen – an einigen Stellen stehen die Ungetüme weniger als 50 Meter vom Waldanfang entfernt (Mitte 2018 waren es noch knapp 400 Meter). Damit steigt das Risiko, dass die Wasserversorgung des Waldes gefährdet wird, massiv. Konträr zu ihren Aussagen vom letzten Jahr, der Wald könne sowieso nicht mehr überleben, da die Abbruchkante so nah und steil an ihn herangerückt sei, behauptet RWE jetzt, dass Heranrücken der Bagger stelle keine Gefahr für den Hambacher Forst dar.

Während im Fall der Dörfer und des Hambacher Forsts der fehlende politische Wille und die Verbissenheit der beteiligten Unternehmen in den letzten Monaten quasi greifbar geworden sind, ist die fatale Gefahr der Klimakatastrophe immer noch deutlich abstrakter. Es gibt noch keine Bilder, die eindrucksvoll

Die Zerstörung geht weiter: Selbst in Orten, die die Bagger nie mehr erreichen werden, lässt RWE weiter Bäume fällen und Häuser abreißen



Foto: Ende Gelände Pay Numrich



Foto: Ende Gelände/ Ruben Neugebauer

Die Klimabewegung muss jetzt weiter Druck machen, denn der Konflikt um die Kohle ist noch lange nicht vorbei

vermitteln können, welchen Schaden jede weitere Stunde, jeder weitere Tag und jedes zusätzliche Jahr des Betriebs von Kohlekraftwerken anrichten. Aber klar ist: Wenn Deutschland, wie von der Kohlekommission vorgeschlagen, den Klimakiller Nr. 1 für 19 weitere Jahre am Netz lässt, setzt dies die Lebensgrundlage von Menschen weltweit aufs Spiel. Der schwache Vorschlag der Kohlekommission schützt weder Klima, noch Dörfer noch den Hambacher Forst nachhaltig. Und Bundes- und Landesregierung haben häufig genug unter Beweis gestellt, dass sie nicht die Absicht haben, die Profitinteressen der Braunkohleunternehmen einzuschränken.

Um so wichtiger ist es, dass die Klimabewegung jetzt weiter Druck macht, die Entwicklung des Kohleausstiegsgesetz in den kommenden Monaten kritisch begleitet und dafür sorgt, dass das Thema weiterhin die Aufmerksamkeit bekommt, die es verdient. Denn der Konflikt um die Kohle ist noch lange nicht vorbei – wir befinden uns noch mitten drin.

Ronja Heise, ROBIN WOOD
 Energiereferentin, Tel.: 040 380892-21
 energie@robinwood.de



Foto: Ende Gelände/Chris Willmer



Foto: Ruben Neugebauer/Campact



Wie rassistisch ist die Klimakrise?

Alice Swift von Reclaim the Power über den Zusammenhang von Antirassismus und Klimagerechtigkeit

*Das britische Klimagerechtigkeitsnetzwerk Reclaim the Power veranstaltete diesen Sommer ein Aktionscamp mit dem Namen »Power Beyond Borders«. Es fand vom 26. bis 30. Juli im Südosten Englands statt. In den letzten Jahren ist Reclaim the Power vor allem für seinen Anti-Fracking-Aktivismus bekannt geworden, insbesondere gegen den Standort der Firma Cuadrilla in Lancashire. Ziel des Camps ist die engere Kooperation der Bewegungen für Klimagerechtigkeit mit der für die Rechte von Migrant*innen. Im Gespräch mit Ilana Krause von Ende Gelände erläutert Alice Swift die Ziele des Camps. Swift ist seit 2010 als radikale Klimaaktivistin in Großbritannien aktiv.*

? Reclaim the Power plant im Juli ein Camp und eine Aktion mit dem Ziel, Antirassismus und den Kampf für Klima-

gerechtigkeit zu verbinden. Wie hängen diese beiden Themen zusammen?

! Alice Swift: Im März 2017 verhinderten 15 Aktivist*innen den Start eines Charterflugs nach Nigeria und Ghana vom Flughafen Stansted. Dieser Flug sollte Asylbewerber*innen, Geflüchtete und Migrant*innen in ihre Herkunftsländer bringen. Viele von ihnen waren nach Großbritannien gekommen, weil sie vor Verfolgung, Folter, Gefangenschaft und Tod fliehen mussten. Die britische Grenzpolitik ist im Laufe der Jahre immer schlimmer geworden – ein gezielter Versuch der ehemaligen Innen- und Premierministerin Theresa May, eine »feindliche Umwelt« für Migrant*innen zu schaffen. Menschen werden auf unbestimmte Zeit in Internierungslagern gefangen gehalten. Die Grenzbehörde oder die Polizei führt Menschen aus ihren Häusern oder von

ihren Arbeitsplätzen ab. Inhaftierte Geflüchtete berichten von Gewalt, Vergewaltigung und Missbrauch in Haftanstalten.

? Was war die Folge der Flugzeugblockade?

! Es wurden die Asylanträge von mehreren Flugzeuginsassen angenommen. Darunter eine Person, die so die Geburt ihres Kindes im Vereinigten Königreich erleben konnte. Es brachte Menschen zusammen, die in den Bereichen Klima- und Ökoaktivismus, LGBTQ-Befreiung und Solidaritätskampagnen für Migrant*innen viel Erfahrung gesammelt hatten. Allerdings wurden die Aktivist*innen einige Monate nach der Blockade von der Staatsanwaltschaft wegen einer terroristischen Straftat angeklagt. Sie wurden nach einem über viermonatigen Prozess verurteilt. Die Begründung: „die Absicht,

den sicheren Betrieb eines Flugplatzes einschließlich der Menschen auf ihm zu stören“. Dem Gefängnis entkamen sie nur knapp.

? Okay, aber wie hängt der Protest gegen Abschiebungen mit dem Thema Klimagerechtigkeit zusammen?

! Der Brexit wurde durch einen rassistischen Hass auf Migrant*innen angeheizt. Er ging von denselben Gruppen aus, die den Klimawandel häufig leugnen. Krasse Ungleichheiten, Angriffskriege und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen veranlassen Menschen dazu, ein menschenwürdiges Leben im Vereinigten Königreich und im Westen zu suchen. Und das ist nicht nur Zufall, sondern das Ergebnis rassistischer Politik des kolonialen Kapitalismus. Er hat die Menschen des globalen Südens ausgebeutet und getötet, um im globalen Norden Wohlstand anzuhäufen.

? Welche Rolle spielt der Klimawandel?

! Wir betrachten den Klimawandel als das böartige Symptom des Kapitalismus par excellence – die schlimmste Manifestation der Krise des Kapitalismus, die uns an den Punkt des vollständigen ökologischen Zusammenbruchs bringt. So wie der Kapitalismus People of Color und Menschen des globalen Südens – mit Ausnahme der herrschenden Klassen – verarmt, so betreibt er auch Raubbau an der Erde und ihren Lebewesen. Wir müssen bei der Schaffung einer echten Bewegung für Klimagerechtigkeit die Forderungen derjenigen erkennen und einbeziehen, die am stärksten vom fossil-befeuerten Kolonialkapitalismus betroffen sind.

? Wie sieht das konkret aus?

! Wir unterstützen seit Jahren Gemeinden, die gegen den Abbau von fossilen Brennstoffen kämpfen. In Wales gab es bereits einen großen Erfolg: das Verbot der Erweiterung bestehender Kohlebergwerke und der Errichtung neuer Bergwerke. Im Nordosten Englands wurde jedoch eine Reihe neuer Kohlebergwerke erschlossen, da Unternehmen versuchen, vor Ende des anvisierten Kohleabbaus in 2025 noch Nägel mit Köpfen, sprich Geschäfte zu machen. Neben der Kohle konzentrie-

ren wir uns auf die Bekämpfung von Fracking. Britische Unternehmen, die von der Regierungspolitik gefördert werden, errichten immer noch Gasinfrastrukturen enormen Ausmaßes. Ihrer Meinung nach handelt es sich bei gefracktem Gas um einen »Übergangsbrennstoff« zwischen Kohle und Erneuerbaren Energien. Dieses sogenannte Dash for Gas, das sich auf importiertes US-amerikanisches Frackinggas und russisches Gas stützt, wird uns auf Jahrzehnte in den verantwortungslosen Verbrauch von fossilen Brennstoffen verstricken.

Angesichts unserer historischen Verantwortung für den Kolonialismus und unserer hohen Kohlenstoffverschuldung ist es an der Zeit, unseren Kampf für die Einbeziehung der globalen Frontline Communities, also den als erstes und am schlimmsten von den Folgen des Klimawandels betroffenen Gemeinschaften, sowie von Migrant*innen und der globalen Mehrheitsbevölkerung zu verstärken.

? Reclaim the Power ist eine Klimagerechtigkeitsgruppe. Mit welchen Gruppen aus anderen Bereichen arbeitet ihr für die Juli-Aktion zusammen? Was sind die Herausforderungen?

! Wir arbeiten weiterhin mit lokalen Frontline Communities zusammen, die sich gegen fossile Treibstoffe einsetzen, etwa mit Frack Free Lancashire und der United Valleys Action Group. Da wir aber versuchen, die Kämpfe um Klimagerechtigkeit und Migrant*innensolidarität

zu verbinden, suchen wir den Kontakt zu Organisationen, die Migrant*innen unterstützen, sowie zu radikalen Schwarzen- und ethnischen Minderheitenorganisationen. Dazu gehören ‚End Deportations‘, die ‚All African Women’s Group‘ und ‚Lesbians and Gays Support the Migrants‘.

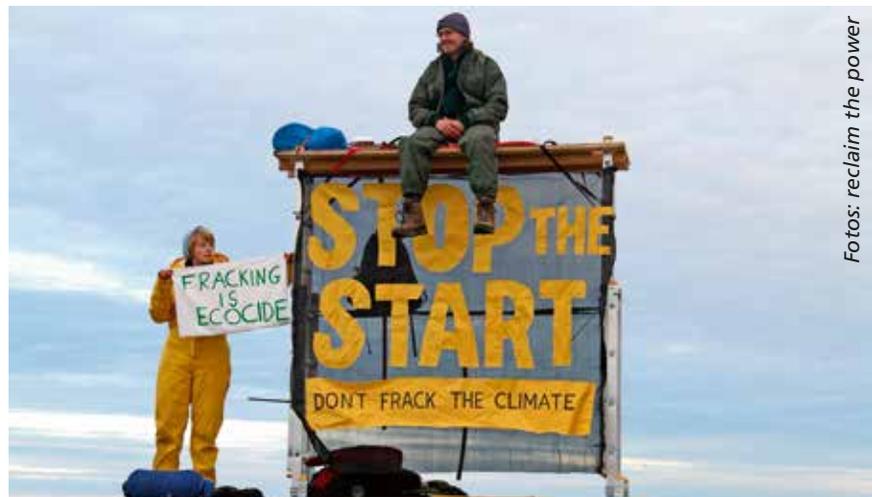
Das ist eine Herausforderung, da wir eine sehr weiße Organisation sind. Wir tragen die Verantwortung für die Geschichte der ökologischen Bewegung, da sie oft rassistische Machtverhältnisse reproduziert. Deshalb war es für uns wichtig, unser weißes Privileg gemeinsam zu verstehen und die Anliegen dieser Gruppen ernst zu nehmen. Zum Beispiel wollten wir unserem Aktionscamp ursprünglich den Namen »Burn Borders Not Gas« geben. Nachdem wir mit Migrant*innen sprachen, die beobachtet hatten, wie ihre Häuser von der Grenzpolizei im Dschungel von Calais buchstäblich niedergebrannt worden waren, änderten wir den Namen in »Power Beyond Borders«.

? Wie wird die Aktion aussehen?

! Dazu nur so viel: Reclaim the Power war bei allen Ende Gelände-Aktionen präsent und wir sind von diesen sehr begeistert. Wir hoffen, dass wir diese in einer massenhaften Aktion nachahmen können, die auf einen Teil der Gasinfrastruktur zielt.

Erstpublikation in: analyse & kritik 650, 18. Juni 2019

Reclaim the Power unterstützt seit Jahren Gemeinden in Großbritannien, die gegen den Abbau von fossilen Brennstoffen kämpfen



Fotos: reclaim the power



Poster und Plakate in verschiedenen Formaten

ROBIN WOOD-Shop: Gut ausgestattet durch den (Spät)Sommer

Alle diese schönen Sachen geben wir quasi zum Selbstkostenpreis ab – nur für das Welt-retten-Shirt bezahlst du etwas mehr als die Produktionskosten, der Überschuss fließt nämlich in unsere Welt-retten-Bemühungen. Und bei allen Dingen achten wir auf möglichst ökologisch-nachhaltige und faire Produktion, z.B. Shirts und Gymbags aus biologisch angebauter Baumwolle, fair produziert – alle Flyer selbstverständlich auf Recyclingpapier mit dem Blauen Engel gedruckt.



Becher und Aufkleber



T-Shirts:
Weltretter*in,
Aktiv für die Umwelt,
Wald statt Wurst



Gymbag „BaumBeutel“ in weiß und schwarz



Diverse Aufkleber, hier die AntiKohleSticker



System Change-Flagge



Lesestoff wie Flyer, das ROBIN WOOD-Magazin und Broschüren, z.B. „Climate justice how?“ (deutsch)

Hast du weitere Wünsche und Ideen, welche Produkte ROBIN WOOD anbieten könnte, damit mehr Menschen auf unsere Umweltschutzkampagnen aufmerksam und motiviert werden, ihr Leben nachhaltig und aktiv zu gestalten? Dann schreib mir gerne:

Ute Greiser, Hamburg
ute.greiser@robinwood.de

Vermächtnisse

Foto: Annette Littmeier

Vermächtnisse für die Umwelt

Das Thema Erbschaften und Vermächtnisse ist ein sensibler Bereich. Dabei haben Vermächtnisse wenig mit dem Tod und sehr viel mit dem Leben zu tun.



Wenn Sie Fragen zum Thema haben, rufen Sie mich gerne an, Angelika Krumm: 03332 252010

Für die Zukunft

Seit jeher gestalten viele Menschen weit vor ihrem Tod ihr Nachleben: Ihr Vermächtnis für ihre Kinder und Kindeskiner, für ihre Nachbarn, Freund*innen, für die Menschen in ihrer Stadt, für die Menschen, die ihre Vision für die Zukunft teilen. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, gehört sicher dazu. Dieses wichtigste Erbe der Menschheit so intakt wie möglich an die nächsten Generationen weiterzureichen, dafür setzt sich ROBIN WOOD ein.

Darüber reden

Vermächtnisse und Testamentsspenden sind ein Ausdruck der Selbstbestimmung sowie ein Manifest und eine klare Antwort auf die Frage: Wofür stehe ich? Welche Spuren will ich hinterlassen? Wir dürfen Sie nicht juristisch beraten, aber wir haben viel Verständnis für Ihren Willen! Wenn es darum geht, genau die Entscheidung zu treffen, die Ihren Wünschen entspricht, wird Sie Ihr Anwalt oder ein Fachanwalt für Erbrecht

gerne unterstützen. Und für alle Fragen, die unsere Arbeit zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen betreffen, stehen ich Ihnen ganz persönlich zur Verfügung.

Wenn Sie mehr über das Vererben wissen wollen und dabei auch etwas für den Umweltschutz tun möchten, bestellen Sie unverbindlich die Testamentsbroschüre von ROBIN WOOD „Ihr Wille ist wichtig“ bei: ROBIN WOOD e.V., Bremer Straße 3, 21073 Hamburg, Tel.: 040 380892-0.



ABONNIEREN SIE JETZT!



STICHWORT BAYER erscheint seit 1983 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne. Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

Wir gehen mit Ihren Daten verantwortungsbewusst um. Wir nutzen sie ausschließlich zur Erledigung der Zusammenarbeit mit Ihnen. Die den gesetzlichen Datenschutzbestimmungen entsprechenden Regelungen finden Sie auf unserer Homepage www.cbgnetwork.org/datenschutz

COUPON

Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich € (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/ Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge helfen).

Nur Abonnent*innen erhalten die Beilage TICKER gratis.

Ich spende zur Stärkung von SWB an den SWB Förderkreis € Ich ermächtige die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Zahlungen von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der CBG auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Name, Vorname
Straße, Nummer
PLZ, Ort
IBAN
BIC
Geldinstitut
Datum, Unterschrift

Zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf
Fax: 0211 - 26 11 220
eMail: info@CBGnetwork.org

anzeige



Let's deCOALonize

Neue Steinkohlebroschüre im ROBIN WOOD Shop erhältlich

Während Braunkohle mit ihren riesigen Löchern und zerstörten Landschaften medial immer mehr Aufmerksamkeit bekommt, spielt Steinkohle in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland kaum eine Rolle. Nicht zuletzt die Schließung der letzten deutschen Steinkohlezehle Ende 2018 hat dazu beigetragen, dass das Thema Steinkohle für viele Menschen ‚abgehakt‘ ist. Dabei ist Steinkohle weiterhin fester und absolut klimaschädlicher Bestandteil der Energieerzeugung in Deutschland. Ihr Anteil am Strommix beträgt noch immer 14 % (Stand 2017) – allein 2017 wurden durch Steinkohlekraftwerke in Deutschland 126 Mio. Tonnen CO₂ freigesetzt.

Seit 2018 wird 100 Prozent der hier verbrannten Steinkohle importiert. In neo-kolonialer Manier trägt dieser Import dazu bei, dass in Ländern wie Russland und Kolumbien Menschen ausgebeutet und umgesiedelt werden, damit Großkonzerne die Steinkohle billig nach Europa verschiffen können. Das Beispiel Steinkohle zeigt eindrücklich, wie unsere energiehungrige „moderne“ Lebensweise in Westeuropa die Lebensgrundlage von Menschen weltweit zerstört.

Das Ende 2018 gegründete Bündnis deCOALonize will mit Aktionen und Informationskampagnen Aufmerksamkeit schaffen für die zerstörerischen Folgen



Foto: Diana Parkhouse/unsplash

Steinkohle ist weiterhin fester und absolut klimaschädlicher Bestandteil der Energieerzeugung in Deutschland

der Steinkohle. Ein Teil davon ist die druckfrische Broschüre des Bündnisses – erstellt mit Unterstützung verschiedener Klimagerechtigkeitsgruppen und von ROBIN WOOD.

Die Broschüre beschreibt die Bedingungen in den Abbauländern, den Transport und die Nutzung der Steinkohle und liefert Hintergrundinformationen zu Kraftwerksbetreibern, Kohlehäfen und Transportwegen der Kohle. Damit eignet sie sich sowohl zum Einstieg in

das Thema als auch zur vertiefenden Recherche (robinwood-shop.de).

Die Anti-Kohle Bewegung ist stark wie noch nie zuvor, der Kohleausstieg ist sowohl auf der medialen als auch auf der politischen Agenda ein stetiges Thema – jetzt geht es darum gemeinsam am Ball zu bleiben und auch der Steinkohle endgültig den Stecker zu ziehen!

*Jakob zur Heide
ROBIN WOOD*



Steinkohle-Importe führen dazu, dass in Ländern wie Russland und Kolumbien Menschen ausgebeutet und umgesiedelt werden



Foto: Dominik Vanyil/unsplash



*Kleines Dorf ganz groß,
Magazin Nr. 141/2.2019*

Liebes Robin Wood-Magazin,

mit großer Irritation habe ich Euren Magazinartikel „Kleines Dorf ganz groß“ gelesen. Als „leuchtendes“ Beispiel wird dort ein kleiner Ort im Sauerland als autarker Energieproduzent gefeiert. Im Verlauf des Artikels wird dann auf die große Bedeutung einer vor Ort betriebenen Biogasanlage verwiesen. Diese wird kritiklos gepriesen und als entscheidender Faktor der Unabhängigkeit hervorgehoben. Diese ausschließlich positive Betrachtung von Biogasanlagen teile ich nicht. In den letzten Jahren wurde diese Art der Energiegewinnung sehr häufig

Monokulturen für Biogas

kritisch gewürdigt. Pflanzliche „Abfälle“ allein genügen nicht, um eine Anlage zu betreiben. So werden landwirtschaftliche Anbauflächen für den Betrieb von Biogasanlagen genutzt. Eine Ausweitung von Monokulturen ist die Folge. Auch die Produktion klimaschädlicher Gase ist hierbei äußerst problematisch. Weitere Kritikpunkte ließen sich anführen.

Um die so notwendige „Agrarwende“ tatsächlich auf den Weg zu bringen, sollten wir nicht auf Biogasanlagen setzen. Es würde mich freuen, wenn Ihr diese Art der Energiegewinnung auch in Eurem Magazin kritisch behandelt.

Mit herzlichen Grüßen
Jesper Mohr

Anmerkungen zur Sache

Lieber Jesper Mohr,

erstmal herzlichen Dank für Deine Mail. Wie Du richtig sagst, sind Biogasanlagen sehr berechtigt in die Kritik gekommen,

besonders die riesigen Maismonokulturen werden unsere Natur und Landschaft für Jahre belasten. Allerdings finde ich den im Beitrag vorgestellten dezentralen Ansatz zur Energiegewinnung wichtig. Es kann nicht richtig sein, dass wir in Norddeutschland Windstrom in großen Mengen erzeugen und dann über neue Trassen nach Süddeutschland transportieren. Für mich steht an erster Stelle, dass wir Strom sparen müssen und dass wir dann den noch notwendigen Strom dezentral mit Erneuerbaren Energie erzeugen.

Schöne Grüße
Christiane Weitzel



fördererforum

impressum

Nummer 142/3.19

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Tim Christensen,
Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette
Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.).
Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos,
Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.
Der Bezug des Magazins ist
im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Förder*innen, die ab 50 Euro
jährlich spenden, erhalten ein
kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 8.000.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf
100 % Recyclingpapier mit dem Blauen
Engel.

Titelbild:

Rainer Simonis, Nationalpark
Bayerischer Wald: Höllbachspreng

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



info@robinwood.de
www.robinwood.de



Foto: Pay Numrich

Floß statt Flugzeug

Begleiten Sie uns! Vom 30.8. bis 15.9.2019 ist ROBIN WOOD unter dem Motto „Flieger stoppen statt Klima schrotten“ auf Main und Rhein nach Köln unterwegs. Aktuelle Informationen finden Sie unter: www.flosstour.de

Ich möchte andere informieren!

Ich brauche nur eine Briefmarke und einen Briefumschlag.

Bitte senden Sie mir:

___ Exemplare dieses Magazins

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum, Unterschrift

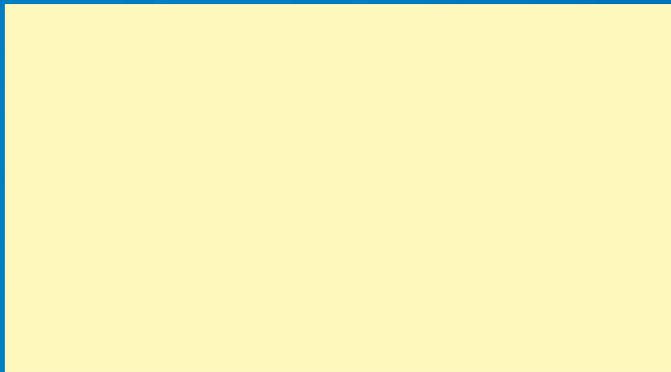


Foto: Pixabay



Fliegen ist billig.
Es kostet nur die Welt.



www.robinwood.de